Nr. 230. Halle a. S., Mittwoch den 2. Oktober 1901 12. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen Polstertag bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7689.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr 21, Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21, Hof part. r

Berlin und der Kaiser.

♀ Die starke elektrische Spannung zwischen der Berliner Stadtverwaltung und Wilhelm II. wird auf die Dauer nicht ohne den naturgemäßen Ausgleich durch Entladung bleiben können. Der negative Pol liegt beim Kaiser. Derselbe hat auf den Nichtempfang des Oberbürgermeisters die Nichtbestätigung Kauffmanns als Bürgermeister, die Nichtanerkennung der Brunnenmodelle für den Friedrichshain und die Verweigerung der Erlaubnis zur Führung der elektrischen Straßenbahn über die Linden folgen lassen.

Nun wäre es zwar eine unverdiente Verleumdung der Berliner Stadthäupter, wollte man behaupten, sie hätten bisher ein zu hohes Maß von Bürgerstolz vor Königsthronen bewiesen, und selbst in den letzten Differenzfällen, die ja bekanntlich bei weitem nicht die ersten sind, scheint der Magistrat zu unbedingter Nachgiebigkeit geneigt zu sein, aber einmal muß auch die Schmiegsamkeit des Berliner Magistrats ein Ende nehmen, und falls er der naturgemäßen elektrischen Entladung aus dem Wege gehen wollte, so würde allem Anscheine nach das Kollegium der Stadtverordneten nicht geneigt sein, die Grenze seiner rechtlichen Befugnisse bis ins Unendliche einschränken zu lassen. Die Selbsterhaltung wird früher oder später die Stadtverwaltung dazu zwingen, es auf einen „Krach" ankommen zu lassen.

Unter dem Oberbürgermeister Forckenbeck ist es bereits vorgekommen, daß der Magistrat entgegen dem bestimmten Befehle von oben einen Plan durchgeführt hat, und die Stadt ist dabei nicht schlecht gefahren. Damals handelte es sich um die Aufstellung des Waldeckdenkmals. Trotz des Widerspruchs seitens des Polizei-Präsidiums wurde das Waldeckdenkmal auf dem ehemaligen Jakobikirchhof errichtet, und das Polizei-Präsidium hat nichts dagegen unternehmen können.

Auch Bismarck war bekanntlich eine Zeitlang höchst ungnädig gegen Berlin gesinnt und drohte, den Reichstag aus Berlin fortzulegen. Die Stadtverwaltung hat sich an diese leere Drohung nicht gekehrt, und mit vollem Rechte hebt heute die Freisinnige Zeitung hervor, daß Berlin weit mehr Handels- und Industriestadt sei als Residenz. Sein Wachstum hänge nicht vom fürstlichen Wohlwollen ab, wenn auch hier und da Ungnade einen Nachteil mit sich bringen könne.

Sollten auch die zur Zeit schwebenden Differenzen durch Nachgiebigkeit seitens der städtischen Körperschaften beigelegt werden, so würde das nicht eine Beseitigung der zweifellos vorhandenen starken elektrischen Spannung bedeuten sondern nur eine Hinausschiebung des Termins ihrer Entladung, zumal mit absoluter Sicherheit angenommen werden darf, daß die Zukunft neue Differenzen schaffen wird.

Den Berliner Stadtverordneten sind soeben die Akten über die Durchquerung der Linden zugegangen. Daraus ergiebt sich, daß am **6. März** die Verkehrsdeputation eine recht baldige Erklärung der zuständigen Staatsbehörde betreffs Durchquerung der Linden mit einer elektrischen Straßenbahn erbeten hatte. Erst am **13. Juni** kam die Antwort im ablehnenden Sinne zurück. Der Kaiser hatte angeordnet, daß die Verbindung zwischen Mittel- und Behrenstraße unterirdisch herzustellen sei. Da diese Anordnung spätestens am 23. April gefallen war, hat die Beförderung der Antwort wenigstens 51 Tage gedauert. Im ganzen lagen zwischen Absendung des Antrags und seiner Beantwortung genau **99** Tage.

Eine weitere Eingabe in derselben Angelegenheit war ausführlich begründet worden und enthielt den bis ins einzelne gehenden Nachweis, daß die Durchquerung der Linden ohne Schwierigkeiten durchzuführen sei, während die Unterführung der Straßenbahnlinie auf unüberwindliche technische Schwierigkeiten stoße. Die Antwort auf diese erneute Eingabe traf am 14. September nach **72** Tagen ein und zwar wiederum im verneinenden Sinne, doch ohne Begründung.

Es ist bekannt, daß Wilhelm II. den „repräsentativen Charakter der Linden als Prachtstraße" gewahrt wissen will, und daß er meint, durch Ueberführung einer Straßenbahn werde dieser Charakter gestört. Die Berliner Volkszeitung weist jedoch mit Recht darauf hin, daß der „repräsentative Charakter" der Linden weit mehr durch den Rettweg geschädigt werde, welcher auf der Nordseite der Straße erhalten wird, damit die Pferde des kaiserlichen Marstalls die Linden entlang nach dem Tiergarten auf weichem Untergrunde gehen. Bei Trockenheit verbreitet dieser Rettweg den ärgsten Staub über die repräsentative Prachtstraße, während bei Regenwetter die Querstraßen an seinen Schmutzvorräten partizipieren.

Wer die Verkehrsverhältnisse der Linden kennt, wird nicht begreifen können, daß durch Legung eines Straßenbahnstranges der Charakter der Straße auch nur im mindesten soll verändert werden. Die Ueberführung der Friedrichstraße zwischen Panoptikum und Café Bauer über die Linden mit einem ungeheuer starken Verkehr an Wagen aller Art ist ohne Zweifel ungleich „störender", als mehrere Straßenbahnlinien sein können. Zudem sind weiter oben, hinter dem Rauchschen Denkmal Friedrichs des Großen, schon mehrere Linien der Straßenbahn über die Linden geführt worden, ohne daß der „repräsentative Charakter" der Straße irgendwie gelitten hätte. Und schließlich sind die Straßen doch in erster Linie dazu da, daß sie dem Verkehre dienen. „Was nützt mich der Mantel, wenn er nicht gerollt ist?" Was nützt der „repräsentative Charakter" einer Straße, wenn sie nicht als Verkehrsader ausgenutzt werden darf? Werden die Boulevards in Paris und Moskau, die Ringstraße in Wien, der Newski-Prospekt in Petersburg nicht auch von beliebig vielen Straßenbahnen durchquert? Und sind diese Straßen nicht mindestens so „repräsentativ" wie die Linden in Berlin?

Wenn es sich auch zunächst nur um eine Berliner Lokalangelegenheit zu handeln scheint, so nimmt ganz Deutschland berechtigten Anteil an der Lösung der Lindenfrage, und es muß erwartet werden, daß die Verkehrsinteressen der Reichshauptstadt den Sieg davontragen über die persönlichen Wünsche Wilhelm II.

Das sie volo, sic jubeo läßt sich in einem konstitutionellen Staate nun einmal nicht mehr durchführen.

Zum Kampf gegen den Zollwucher.

Die schutzzöllnerische Sammlungspolitik drohte klägliches Fiasko zu machen. Bueck und sein Verband protestierten gegen den Doppeltarif und kündigten damit den Krautjunkern die Freundschaft. Es steht für die Schlotjunker aber doch zu viel auf dem Spiel, wenn die Ostelbier Gleiches mit Gleichem vergelten wollten. Und so beginnen sie einzulenken. Am Sonntag hat der Verein der Industriellen des Reg.-Bez. Köln in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, an dem bisherigen Zusammengehen mit der Landwirtschaft festzuhalten und aus diesem Grunde gegen die im Zolltarif vorgesehenen Mindestsätze für Getreide nicht grundsätzlich Einwand zu erheben.

Die Mobilmachung des Auslandes. Das Pester Blatt Hirlap veröffentlicht ein Interview mit einem deutschen Politiker, „an dessen Kenntnis der Verhältnisse nicht zu zweifeln" sein soll. Danach habe Minister Szell der deutschen Regierung auf diplomatischem Wege erklärt, er könne, falls Deutschland an dem Zolltarifentwurf festhalte, keinen Handelsvertrag abschließen. Gegen den deutschen Zolltarif sprächen auch gewichtige politische Momente.

400 Gewerbetreibende der Lebensmittelbranche in Nürnberg protestierten vorige Woche gegen den Zolltarif. Das bairische Staatsministerium wurde aufgefordert, gegen jede Zollerhöhung auf notwendige Lebensmittel zu wirken.

Auch die Wiesbadener Handelskammer sprach sich energisch gegen Mindestzölle und gegen die Erhöhung der Landwirtschaftszölle aus.

Gegen den Doppeltarif und die allzu hohen Lebensmittel- und Rohproduktenzölle erklärte sich auch der von acht Handelskammern beschickte, zu Stuttgart tagende württembergische Handelskammertag.

Tagesgeschichte.

Halle 1. Oktober.

Die Vorgänge auf dem Kreuzer Gazelle.

Die Meldung, unter den Mannschaften des Kreuzers Gazelle sei eine Verschwörung gegen den Kapitän des Schiffes Herrn Neitzke, entdeckt worden, wird von der Nordd. Allg. Ztg. in lahmer Weise zu dementieren versucht. Weil nähere Meldungen nicht vorlägen, so könne von Ausschreitungen in größerem Umfange nicht die Rede sein, meint das Blatt. Demgegenüber wird als Thatsache folgendes berichtet: Durch den ungemein strengen Dienst, den Kapitän Neitzke vorschrieb und der den an Bord befindlichen Mannschaften jede freie Stunde raubte, wurden die Mannschaften stark erregt. Auch die Beköstigung soll nicht den Anforderungen entsprochen haben. Der Kreuzer Gazelle ist erst vor wenigen Monaten wieder in Dienst gestellt worden und zwar mit altgedienten Mannschaften, die in China gewesen waren. Vor etwa zehn Wochen kam die Erregung der Mannschaft dadurch zum Ausdruck, daß Verschlußstücke und andere Geschützteile über Bord geworfen

---

81] [Nachdruck verboten.]

Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Zola. Aus dem Französischen übersetzt von Leopold Rosenzweig.

Gaume hatte sich gefaßt. Als er die Mazelle ihn voll Angst um ihr Geld und ihr Nichtsthun mit bleichen Gesichtern anstarren sah, kräuselte ein leichtes, geringschätziges Lächeln seine Lippen.

„Was fürchten Sie?" sagte er. „Zwanzig Jahre wird die Welt wohl noch auf alle Fälle dauern, und wenn Sie dann noch leben sollten, so werden Sie für die Unannehmlichkeiten der Revolution dadurch entschädigt werden, daß Sie interessante Dinge erleben. Höchstens Ihre Tochter könnte sich um die Zukunft bekümmern."

„Das ist es ja eben, Luise bekümmert sich gar nicht darum," rief Madame Mazelle klagend, „ganz und gar nicht! Sie ist nun dreizehn Jahre alt, und sie findet alles, was vorgeht, und wovon sie uns natürlich von früh bis abends reden hört, sehr unterhaltend. Und wenn ich ihr manchmal sage: „Aber, du unglückliches Kind, du wirst dann nicht einen Sou besitzen!" so hüpft sie durchs Zimmer und lacht: „Das ist mir ganz einerlei; ich werde dafür um so lustiger sein!" Freilich, ein liebes Kind ist sie doch, wenn sie auch so gar nicht nach unserm Sinne denkt."

„Ja, sehen Sie," sagte Gaume, „das ist eben ein Kind, das sich jetzt Leben selbst gestalten will. Es giebt solche."

Fassungslos hörte ihm Mazelle zu, noch immer zweifelnd, ob sich der Präsident nicht über ihn lustig mache. Er hatte in zehn Jahren ein Vermögen gewonnen und führte seither das köstliche Leben des Nichtsthuns, das sein Ideal von Jugend auf gewesen war. Und der Gedanke, daß dieses Glück der Unthätigkeit aufhören, daß er vielleicht gezwungen sein könnte, wieder zu arbeiten, versetzte ihn in eine qualvolle Angst, die ihre keine Ruhe ließ und die an sich schon eine Art Strafe war.

„Aber die Rente, Herr Präsident, was würde nach Ihrer Ansicht aus der Rente, wenn es allen diesen Anarchisten gelänge, die Welt aus den Fugen zu reißen? Sie erinnern sich wohl, daß der Herr Lucas, der jetzt eine so böse Rolle spielt, uns auch einmal damit neckte, daß die Rente für ungiltig erklärt werden sollte. Da soll man uns lieber gleich irgendwo am Waldesrand erschlagen."

„Schlafen Sie nur ruhig!" erwiderte Gaume mit seiner stillen Ironie. „Die neue Gesellschaft wird Ihnen zu essen geben, wenn Sie nicht arbeiten wollen."

Und die Mazelle setzten ihren Weg nach der Kirche fort. Sie opferten dort jetzt Wachskerzen für die Genesung Madame Mazelles, seitdem der Doktor Novarre eines Tags so rückisitlos gewesen war, der würdigen Dame geradezu zu sagen, sie sei nicht krank. Nicht krank! Eine Krankheit, die sie seit so vielen Jahren mit Liebe betreute, die ihre Hauptbeschäftigung, ihre Freude, ihr Lebenszweck geworden war! Der Arzt hielt sie offenbar für unheilbar, da er sie aufgab. Und von Angst erfaßt, hatte sie sich der Religion zugewendet, in der sie großen Trost fand.

Auf dem Boulevard de Magnolles, dessen Einsamkeit nur selten durch einen Passanten unterbrochen wurde, erging sich noch ein anderer Spaziergänger, der Abbee Marle, der hierher kam, um sein Brevier zu lesen. Aber oft ließ er das Buch sinken und wandelte, auch er in düsteres Sinnen verloren, langsamen Schrittes dahin. Seit den letzten Ereignissen, seit der Umwälzung, die die Stadt einer neuen Gestaltung entgegenführte, war seine Kirche noch leerer geworden und sah kaum noch andere Besucher als alte, einfältige Weiber aus dem Volke und einige Bürgerstrauen, die sich an die Kirche als an den letzten Wall der alten, untergehenden Welt klammerten. Wenn die letzten Getreuen die katholischen Kirchen verlassen haben, und diese die Ruinen einer vergangenen Gesellschaft geworden sein werden, zwischen deren Steinen das Unkraut wächst, dann wird eine neue Zivilisation beginnen. Diese drohende Zukunft stand vor dem Geiste des Abees, und nicht die alten Weiber, nicht die wenigen Bürgerstrauen konnten ihn über die Leere trösten, die sich zusehends um seinen Gott verbreitete. Mochte auch Leonore, die Frau des Bürgermeisters, einen schönen Schmuck für die Sonntagsgottesdienste bilden, mochte sie auch ihre Börse weit öffnen, um für kirchliche Zwecke zu spenden — er wußte wohl, wie unwürdig sie war, er konnte ihre fortgesetzte Sünde des Ehebruchs, den die ganze Stadt wohlwollend duldete, den er selbst mit dem Mantel seines Amts bedecken mußte, und den er doch als ein schweres Vergehen verurteilte, für das er selbst mit verantwortlich war. Noch weniger genügte ihm das Ehepaar Mazelle, diese kindischen, niedrig egoistischen Menschen, die zur Kirche kamen, einzig in der Hoffnung, vom Himmel ihr persönliches Glück zu erlangen, die ihre Gebete anlegten, so wie sie ihr Geld angelegt hatten, um Renten davon zu beziehen. Und alle, alle waren sie gleich in dieser sterbenden Gesellschaft, ohne den wahren Glauben, der in den ersten Jahrhunderten die Macht Christi begründet hatte, ohne die Freude am Verzicht und am willenlosen Gehorsam, die heute mehr als je notwendig war für die Allmacht der Kirche. Ja, er konnte es sich nicht länger verhehlen, es ging zu Ende, und wenn Gott ihm nicht die Gnade erwies, ihn bald zu sich zu berufen, so mußte er die furchtbare Katastrophe mit erleben, mußte es mit ansehen, wie der Turm zusammenstürzte, das Kirchendach durchschlug und den Altar zerschmetterte.

Von diesen düsteren Gedanken erfüllt, ging der Abbee Marle so stundenlang vor sich hin. Er verbarg seine Befürchtungen im tiefsten Seelengrunde, suchte sich selbst über ihre Trostlosigkeit zu täuschen. Vor den Leuten zeigte er sich stolz und beherzt und sprach geringschätzig von den Ereignissen des Tages, unter der Vorgabe, daß die Kirche Herrin der Ewigkeit sei. Aber wenn er mit dem Lehrer Hermeline zusammentraf, der angesichts der Erfolge der Lehrmethode auf der Crecherie aus dem Zorn nicht herauskam und nahe daran war, im Namen des Heils der Republik zur Reaktion überzugehen, dann zeigte er in den Diskussionen nicht mehr die Schneidigkeit wie einst und sagte resigniert, er lege alles in Gottes Hand. Denn Gott gestattete offenbar diese anarchistischen Saturnalien, um seine Feinde um so sicherer zu zerschmettern und siegreich über sie zu triumphieren. Doktor Novarre sagte scherzend, der Abbee verlasse Sodom am Vorabend des Regens von Pech und Schwefel. Sodom, das war das alte, verpestete Beauclair, das in seinem bürgerlichen Egoismus erstickende Beauclair, diese zur Zerstörung verdammte Stadt, von der die Erde gereinigt werden mußte, wenn an ihrer Stelle die Stadt der Gesundheit und Fröhlichkeit, der Gerechtigkeit und des Friedens emporwachsen sollte. Alle Anzeichen wiesen auf den Zusammensturz hin, die Lohnsklaven rüttelten wütend an ihren Ketten, die erschreckten Bürger wurden selbst Revolutionäre, die hastige Flucht der egoistischen Interessen führte den Siegern alle lebendigen Kräfte des Landes zu, das, was noch blieb, das Abgebrauchte, Unverwendbare, die nutzlosen Trümmer, die wurden dann vom Sturm weggefegt, und schon entstieg das neue, strahlende Beauclair

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0001

wurden und der Kapitän morgens in seiner Kajüte auf dem Tisch ein offenes Schreiben fand, in welchem er aufgefordert wurde, den Dienst weniger streng zu gestalten, andernfalls würde er in See geworfen werden. Wie dieser Brief in die Kajüte gekommen ist, konnte nicht aufgeklärt werden. Die Posten, denen die strenge Bewachung der Zugänge zur Kajüte anvertraut war, vermochten keinerlei Auskunft zu geben. Es wurden sofort zehn bis zwölf Mann in Untersuchungshaft genommen. Mehrere der Verhafteten, die fast ausnahmslos ausgedient hatten und vor ihrer Entlassung zur Reserve standen, sind wieder freigelassen worden; acht sitzen dagegen noch in Haft. Die Untersuchung wird mit großem Eifer betrieben, hat aber bis jetzt zu keinerlei greifbarem Ergebnis geführt, so daß die Vermutung berechtigt ist, man habe sich in den Personen der Verhafteten vergriffen und Unschuldige festgenommen. Die Besatzung der Gazelle besteht aus 200 Mann.

Daß der Angelegenheit hohe Bedeutung beigemessen wird, geht daraus hervor, daß Prinz Heinrich an Bord der Gazelle gewesen und dem Kapitän Netzke die volle Verantwortung aufgebürdet hat. In Kiel sind dieser Tage der Oberbootsmannsmaat Mix und der Obermatrose Ernst, beide von der Gazelle, wegen Mißhandlung bezw. Gehorsamsverweigerung zu 14 Tagen mittleren bezw. 4 Wochen strengen Arrest verurteilt worden. Diese Verurteilungen stehen aber nicht in direkter Verbindung mit dem oben gemeldeten Vorgange.

Parteitag der Nationalsozialen.

Im Hause der Gewerkschaften zu Frankfurt a. M. wurde am Sonntag die Generalversammlung des nationalsozialen Vereins eröffnet. Anwesend waren 133 Delegierte. Der Geschäftsbericht des Parteisekretärs konstatiert eine Zunahme der Parteimitglieder sowie der finanziellen Einnahmen, ferner von neuen Parteizeitungen. Herr v. Gerlach sprach über den Zolltarif. Er forderte zu energischer Agitation dagegen auf. Die zu diesem Thema gefaßte Resolution mißbilligt vor allem die Erhöhung der Zölle für Getreide, die nur einem Teile der Landwirtschaft zu gute kommen und den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Die Annahme der Zolltarifvorlage bedeute einen Triumph des sozialen Stillstandes und der reaktionären Gesamtpolitik. Den deutschen Bauern sei mit anderen Reformen zu helfen, namentlich durch eine gründliche Hypothekenreform.

Bei Beginn der Nachmittagssitzung am Montag spielte sich folgender Zwischenfall ab. Dr. Maurenbrecher: Es hat in den Kreisen der Parteigenossen Aufsehen erregt, als ich vorhin von einem Vertreter der Polizeibehörde inquiriert wurde. Es handelte sich um die Fahne, die außen am Gewerkschaftshaus angebracht ist oder vielmehr war. (Hört! hört!) Zunächst wurde von seiten der Verwaltung des Hauses die Anforderung gestellt, nicht zu flaggen. (Heiterkeit.) Wir wiesen darauf hin, daß in Lübeck in dem Hause, wo der sozialdemokratische Parteitag versammelt war, auch geflaggt wurde, und zwar hing dort die Fahne der Stadt Lübeck heraus. Da wurde uns gesagt: „Wenn das die Lübecker gethan haben, so haben wir auch nichts einzuwenden.“ Wenn Sie aber nunmehr die Fahne in den Farben der Stadt Frankfurt doch nicht mehr finden, wissen Sie wohl, wer noch etwas dagegen einzuwenden hatte. (Lebhafte Heiterkeit.)

Viel begehrt scheint Wilhelm II. zu sein. Er hat sich jetzt genötigt gesehen, wegen der in letzter Zeit eingetretenen Häufung der Gesuche von Städten, Gemeinden und Kirchengemeinschaften um persönliche Teilnahme an Einweihungsfeiern zu bestimmen, daß sie künftig zunächst an die Oberpräsidenten eingereicht und von diesen an die zuständigen Minister zur Prüfung weiter gegeben werden sollen.

Zum Ausfall der sächsischen Landtagswahlen ist nachzutragen, daß unsere Partei auch in der 2. Klasse Erfolge zu verzeichnen hat. Wie die Sächsische Arbeiterzeitung berichtet, wurden in Cotta von vier Wahlmännern zwei sozialdemokratische gewählt, und zwar mit 21 gegen 14 Stimmen; in Niedergorbitz siegte der sozialdemokratische Wahlmann mit 36 gegen 18 Stimmen. Nach der Chemnitzer Volksstimme wurden auch in Ebersdorf, Borna und Glösa sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. In Ebersdorf erhielten die beiden sozialdemokratischen Wahlmänner 47, die Gegner 18 Stimmen; in Borna wurden zwei Sozialdemokraten mit 58 gegen 32 Stimmen gewählt; in Glösa siegte unser Kandidat mit 26 gegen 25 Stimmen.

Unsere Kandidaten wurden also bis auf den letzten Fall mit sehr großer Mehrheit gewählt.

Für ungiltig erklärt wurde vom Lippe-Detmolder Landtag das Mandat des sozialliberalen Dr. Neumann-Hofer, der in Detmold-Hornlage gegen einen Parteigenossen mit geringer Mehrheit gewählt worden war.

Reichstagsnachwahl. Domkapitular und Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Schädler ist vom Prinzregenten zum Domdekan in Bamberg ernannt worden. Demnach wird auch Dr. Schädler sein Mandat niederlegen und sich einer Neuwahl unterziehen müssen.

Dr. Schädler vertritt Bamberg. Seine Wiederwahl ist ziemlich sicher.

Sogar der Post, dem ehemaligen Stummschen Schleifstein, erscheint die Stellung der Minister gar zu unwürdig. Sie meint, wenn es richtig wäre, daß der Kaiser nicht bloß anders entschied in der Berliner Straßenbahnangelegenheit, als der Eisenbahnminister befürwortete, sondern außerdem dem Minister auch noch eine Audienz zur Besprechung der Sache verweigerte, so müsse gefragt werden, „ob die Stellung der Minister zur Krone zur Zeit in Wirklichkeit so ist, wie dies der in der Verfassung vorgesehenen selbständigen politischen Verantwortlichkeit der Minister entspricht“. Das Blatt behauptet dann allerdings, die Meldung müsse unrichtig sein. Da jedoch seine Behauptung durch nichts belegt wird und die gar nicht unwahrscheinliche Meldung bis jetzt auch nicht dementiert ist, so bleibt die Kritik der Post zu Recht bestehen!

Wegen schwerer Ausschreitungen hatte sich vor dem Oberkriegsgericht des 7. Armeekorps der Unteroffizier Johann Möhlig vom westfäl. Fußartillerie-Reg. Nr. 7 zu verantworten. Das Gouvernementsgericht hatte ihn zu einem Jahre Gefängnis und Degradation verurteilt. Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz bestätigte lediglich das erste Urteil; wegen Gefährdung der Sittlichkeit fand die Verhandlung bei verschlossenen Thüren statt. Der Verurteilte hatte mit Leuten seiner Koporalschaft auch nicht andeutungsweise wiedergegebende Manipulationen vorgenommen.

Gegen das Duell. In der Germania veröffentlicht eine Reihe überwiegend dem Zentrum angehörender Notablen, an ihrer Spitze der Fürst Karl zu Löwenstein, den Aufruf zu einer Besprechung von Gegnern des Duells am 19. Oktober in Leipzig. Es wird beabsichtigt, ein Agitationskomitee einzusetzen, welches die Bewegung gegen das Duell im Flusse halten soll. Da will wieder einmal Beelzebub den Teufel austreiben!

Pensioniert wurden nach von der Berl. Volksztg. geführten Listen in der deutschen Armee seit 15. August d. J. 1 Generalleutnant, 7 Generalmajore, 6 Oberste, 1 Oberstleutnant, 15 Majore, 25 Hauptleute, 6 Oberleutnants, 9 Leutnants. In Summa 70 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 265000 M.

Ohne Pension verabschiedet wurden 1 preußischer Oberleutnant und 3 preußische Leutnants. Zur Reserve und Landwehr übergeführt, also ohne Pension aus der aktiven Armee ausgeschieden wurden 1 Oberleutnant und 11 Leutnants, sämtlich in Preußen. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit im oben angegebenen Zeitraum von sechs Wochen 86.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen 1 Generalleutnant, 4 Generalmajore, 5 Oberste, 1 Oberstleutnant, 12 Majore, 2 Hauptleute, 4 Oberleutnants, 8 Leutnants (Summa 58); auf Baiern 2 Generalmajore, 1 Oberst, 2 Majore, 2 Hauptleute, 2 Oberleutnants, 1 Leutnant (Summa 10); auf Sachsen 1 Major; auf Württemberg 1 Generalmajor. Im eben ablaufenden **dritten Quartal** wurden **im ganzen pensioniert 120 Offiziere** (93 preußische, 22 baierische, 3 sächsische und 2 württembergische). Ohne Pension wurden verabschiedet bezw. zur Reserve und Landwehr übergeführt 22 Offiziere (19 preußische, 2 bairische und 1 württembergischer).

Zum Fall Opificius wird dem Vorw. aus Baden geschrieben: Durch das Urteil der Strafkammer Karlsruhe, die gegen unseren Parteigenossen Opificius-Pforzheim wegen einer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Pforzheimer Konsumvereins begangenen Veruntreuung von Geldern auf drei Monate Gefängnisse erkannte und ihm gleichzeitig auf Grund des § 35, Abs. 2 des Strafgesetzbuches die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von zwei Jahren absprach, wäre, falls es nicht gelingen sollte, das Urteil im Wege der Revision erfolgreich anzufechten, auch für den zweiten Pforzheimer Landtagssitz eine Nachwahl erforderlich geworden.

Die Stadt Pforzheim hat insgesamt zwei Landtagsmandate zu vergeben, von denen alle zwei Jahre je eines durch die gesamte Wählerschaft, die nur einen Wahlbezirk bildet, neu zu besetzen ist. Opificius ist der erste sozialistische Vertreter der Stadt; sein Mandat datiert vom November 1899, wäre also normalerweise bis dahin 1903 in Kraft geblieben. Der zweite Sitz, 1897 zum letztenmale erneuert, steht diesmal zur Wahl, nachdem das Mandat seines bisherigen Inhabers, des nationalliberalen Fabrikanten Wittum, mit dem Schluß der letzten Landtagssession abgelaufen war. Für ihn ist bei den allgemeinen Ergänzungswahlen zum Landtag am 4. Oktober d. J. ein neues Wahlmännerkollegium zu wählen, das am 16. Oktober dann zur Abgeordnetenwahl zusammentritt. Vorausgesetzt nun, daß das Urteil gegen Opificius die Rechtskraft beschreiten sollte, würde in Pforzheim der dort bisher noch nicht dagewesene Fall eintreten, daß die beiden Mandate zu gleicher Zeit zu erneuern sind, und zwar das eine, diesmal normalerweise zur Wahl stehende durch ein neu zu wählendes Wahlmännerkollegium, das zweite, bisher von Opificius innegehabte dagegen durch die Wahlmänner vom Jahre 1899, da nach den Bestimmungen der badischen Landtagswahlordnung alle im Laufe der vierjährigen Mandatsdauer etwa nötig werdenden Abgeordneten-Ersatzwahlen durch das zum Zwecke der ursprünglichen Abgeordnetenwahl zusammengesetzte Wahlmännerkollegium zu erfolgen haben. In diesem war für Opificius im Jahre 1899 eine entschiedene Mehrheit vorhanden (171 sozialdemokratische gegen 96 liberale Wahlmänner), so daß bei einer eventuellen Ersatzwahl der Sieg der Sozialdemokratie von vornherein gesichert wäre. Inwieweit die wohl nicht ohne Absicht gerade auf die letzten Tage vor den allgemeinen Wahlmännerwahlen anberaumte Verhandlung gegen Opificius den Ausfall der Neuwahl für den andern Pforzheimer Sitz zu beeinflussen vermag, steht dahin. Nach Lage der Sache ist nicht anzunehmen, daß die guten Aussichten der Sozialdemokratie dadurch irgendwie verschlechtert worden sind. Es dürfte vielmehr zum großen Leidwesen unserer Gegner nichts mehr daran zu ändern sein, daß die badische Goldstadt im nächsten Landtag durch zwei sozialistische Abgeordnete vertreten sein wird.

Wer ist schuld an der Landflucht der Arbeiter? Unser Breslauer Parteiorgan berichtet: „Auf einem Dominium im Kreise Neumarkt hatte am 13. Juli ds. Js. die Vorarbeiterin Auguste Rothhaar eine Anzahl deutscher und ungarischer Arbeiterinnen aufgefordert, zur Erzwingung höherer Löhne die Arbeit niederzulegen, und die Arbeiterinnen hatten sich dazu bereden lassen. Nun ist aber das Aufreden ländlicher Arbeiter zu Streiks, durch welche die Arbeitgeber zu Zugeständnissen genötigt werden sollen, durch § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, mit Strafe bedroht. Die Vorarbeiterin Rothhaar wurde daher auf Grund dieses Gesetzes unter Anklage gestellt und am Montag von der zweiten Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt.“

Das ist in Deutschland die ausgleichende Gerechtigkeit. Was den gewerblichen Arbeitern nun schon seit Jahrzehnten — wenn auch unter allen möglichen Schikanen — gestattet ist, das ist den Landarbeitern streng verboten. Weil aber diese Opfer ostelbischen Junker-Ausbeutertums sich nicht vereinigen dürfen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, deshalb sind die Lebensbedingungen der Landarbeiter immer noch so erbärmlich wie möglich, und deshalb ist die „Landflucht“ nur zu erklärlich. Das wird sich erst ändern, wenn es der Arbeiterpartei gelungen ist, die Gesinde-Ordnung endgiltig zu beseitigen.

Ausland.

Oestreich-Ungarn. Sonderbare Wahl-Vorbereitungen. In Ungarn werden in nächster Zeit die Wahlen stattfinden. Dazu werden eine ganze Anzahl östreichischer Bataillone nach Ungarn gesandt. Das militärische Aufgebot läßt vermuten, daß die Regierung sich auf stürmische Wahlvorgänge gefaßt macht.

Frankreich. Beschlagnahmt wurde, einer Meldung aus Havre zufolge, ein englisches Fischerboot durch zwei französische Torpedoboote. Das englische Boot hatte in französischen Gewässern Austern gefischt.

Italien. Die italienische Kammersession, die im Juni vertagt worden ist, wurde dieser Tage auf Grund eines Ministerbeschlusses als geschlossen erklärt. Damit fallen aber alle Finanz-Pläne und Steuerreform-Entwürfe des früheren Finanzministers Wolemberg, welche vor der Vertagung eingebracht wurden, unter den Tisch. Das Ministerium wird eine Reihe anderer Entwürfe vorlegen.

Spanien. Immer wieder Unruhen. In Barcelona fand am Sonntag anläßlich des Jahrestages der Septemberrevolution ein Massenmeeting im Stierzirkus mit nachfolgendem Straßenumzug statt. Dabei wurde auf die Polizei geschossen, mehrere Polizisten und Zivilisten wurden verwundet. Die Menge löste sich vor dem Prim-Denkmal auf.

Amerika. Ueber den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, schreibt unser amerikanischer Korrespondent: Herr Theodore Roosevelt, bisher Vizepräsident, hat am 7. September seinen Amtseid abgelegt — die Zeremonie fand in Buffalo statt — und damit sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten angetreten.

War Mc Kinley die Kreatur und der unterwürfige Diener des Großkapitals und besonders ein Werkzeug seines Machers

---

den Ruinen. Wenn der Abbee Marle unter den Bäumen des Boulevards de Magnolies seine Schritte verlangsamte, das Brevier sinken ließ und mit halbgeschlossenen Augen vor sich hinsah, erhob sich wohl diese Vision vor seinem Geiste und erfüllte sein Herz mit Bitterkeit.

Manchmal begegneten der Abbee Marle und der Präsident Gaume einander so auf ihren einsamen Spaziergängen. Sie sahen sich wohl nicht sogleich, beide so in ihre Gedanken vertieft, daß die Erscheinungen der Außenwelt ungespürt an ihnen vorüberzogen. Jeder wälzte in der Seele seine Entmutigung, seine Klage um die Welt, die im Verschwinden war, seinen Appell an die Welt, die neu erstand. Die kraftlose Religion wollte nicht sterben, die kommende Gerechtigkeit zögerte verzweifelt lange. Dann erhoben sie endlich den Kopf, erkannten einander und mußten wohl einige Worte miteinander wechseln.

„Ein trübes, unangenehmes Wetter, Herr Präsident; wir bekommen Regen.“

„Ich fürchte auch, Herr Abbee. Der Juni ist sehr kühl.“

„Als ja, die Jahreszeiten sind ganz verwechselt. Nichts hat mehr Bestand.“

„Es ist wahr. Und dennoch geht das Leben seinen Gang, und die gute Sonne bringt alles wieder in Ordnung.“

Dann setzten beide ihren einsamen Spaziergang fort, versanken wieder in ihr Sinnen, kämpften in ihren Seelen endlos den verzweifelten Kampf der Vergangenheit mit der Zukunft.

Aber am stärksten wurde in der Hölle das Erzittern des in Gärung begriffenen, durch die Neuordnung der Arbeit sich verwandelnden Beauclair gespürt. Bei jedem neuen Erfolg der Crecherie mußte Delaveau eine gesteigerte Thätigkeit, mehr Klugheit und Energie entwickeln; und natürlich gereichte alles, was das Gedeihen der Rivalin ausmachte, seiner Fabrik zum Schaden. So war die Auffindung reicher Erzadern in der früher verlassenen Mine ein schwerer Schlag für ihn gewesen, da der Preis des Rohmaterials dadurch außerordentlich herabgesetzt wurde. Er konnte in der Fabrikation von Kommerzessen nicht mehr konkurrieren, und er wurde selbst auf seinem eigensten Gebiete, auf dem der Kanonen und Geschosse, stark erschüttert. Die Aufträge hatten sich vermindert, seitdem das Geld Frankreichs hauptsächlich den Zwecken des Friedens und der Gemeinwohlfahrt zugewendet wurde, den Eisenbahnen, den Brücken, den Bauten aller Art, wo Eisen und Stahl triumphierten. Das Schlimmste war, daß die Aufträge, in die sich einige Fabriken teilen mußten, nicht genügten, um diese voll zu beschäftigen, und daß sie daher darauf ausgingen, eine der Konkurrentinnen zu beseitigen, um für sich mehr Raum zu schaffen. Und da die Hölle gegenwärtig die wenigst kräftige unter ihnen war, so arbeiteten die andern Werke erbarmungslos darauf hin, die Hölle zu erdrücken. Die Lage wurde für Delaveau um so schwieriger, als seine Arbeiter ihm nicht mehr treu blieben. Der Messerstoß Ragus hatte eine Art von Zerrüttung unter seine Kameraden verbreitet. Als dann Bourron, bekehrt und klug geworden, sie verließ, um in die Crecherie zurück zu kehren, und Fauchard mitnahm, war eine starke Bewegung entstanden und die meisten hatten sich gefragt, warum sie ihrem Beispiel nicht folgen sollten, da ihnen drüben so viele Vorteile winkten. Die Thatsachen waren nun in die Augen springend, die Arbeiter verdienten in der Crecherie doppelte Löhne bei nur achtstündiger Arbeitszeit, ohne die anderen Begünstigungen zu rechnen, deren sie sich erfreuten, die kleinen, heiteren Häuschen, die immer fröhlichen Schulen, die Unterhaltungen im Gemeinhause, die Magazine, die ihnen die Lebensmittel um ein gutes Drittel billiger lieferten, überall Gesundheit, Freude und Behaglichkeit. Nichts wirkt so unmittelbar wie Zahlen. Die Arbeiter der Hölle verlangten eine Erhöhung ihrer Löhne, sie wollten auch so viel verdienen wie die von der Crecherie, und da es unmöglich war, ihrem Verlangen zu willfahren, gingen viele fort und wandten sich natürlicherweise dorthin, wo ihnen mehr geboten wurde. Was aber Delaveau vollends lahmlegte, das war das Fehlen eines Reservefonds; denn er gab sich nicht besiegt, er hätte sich lange halten können, er hätte sogar schließlich gesiegt, wie er überzeugt war, wenn er einige hunderttausend Franks in der Kasse gehabt hätte, mit deren Hilfe er diese Krise, die er nur als eine vorübergehende betrachten wollte, hätte überstehen können. Aber wie den Kampf mit Nachdruck führen, wie in der bösen Zeit alle Erfordernisse decken, wenn es an Geld fehlte? Die Anleihen, die er schon aufgenommen hatte, legten ihm überdreien eine schreckliche Zinsenlast auf, die ihn erdrückte. Aber er kämpfte heldenhaft weiter, mit dem Einsatz aller seiner geistigen und körperlichen Kräfte, mit dem Einsatz seines Lebens, in der Hoffnung, doch noch die zerbröckelnde Vergangenheit, die Autorität, die Lehnssklaverei, die bürgerliche und die kapitalistische Gesellschaft retten zu können, die er verteidigte, und gedrängt von seinem Ehrgefühl, welches von ihm forderte, daß er für das ihm anvertraute Kapital den versprochenen Ertrag zu stande bringe.

Ja, Delaveau litt eigentlich am meisten darunter, daß er Boisgelin nicht mehr die Gewinne auszahlen konnte, zu denen er sich verpflichtet hatte, und sein Mißerfolg kam ihm grausam zum Bewußtsein an den Tagen, wo er jenem eine geforderte Summe verweigern mußte. Obgleich die letzte Bilanz eine höchst traurige war, wollte Boisgelin in nichts die Lebensführung auf der Guerbache einschränken, aufgereizt von Fernande, die ihren Mann ein Zugtier nannte, das man aufs Blut stacheln müsse, um es zur vollen Arbeitsleistung anzutreiben. Seit der schrecklichen Vergewaltigung Raous, deren Erinnerung im tiefsten Innern ihres Wesens saß, war sie tollbegierig nach Genüssen geworden; nie noch hatte sie sich darin so heißhungrig, so unersättlich gezeigt. Man fand sie verjüngt und schöner geworden, mit einem verzehrenden Glanz in den Augen, wie von der Gier nach etwas Unmöglichem, nie Erreichbarem. Sie erschien den Freunden des Hauses sehr seltsam, und der Unterpräfekt Chatelard sagte im Vertrauen zum Bürgermeister Gourier, daß diese kleine Frau sicherlich eines Tages etwas sehr Böses anstellen werde, worunter sie alle würden zu leiden haben. Bis jetzt hatte sie sich damit begnügt, ihr Haus zur Hölle zu gestalten, indem sie Boisgelin mit unaufhörlichen Geldforderungen auf ihren Mann hetzte. Delaveau wurde dadurch so zur Verzweiflung gebracht, daß er sich nachts schlaflos im Bette wälzte und laut aufstöhnte. Sie selbst stachelte ihn durch boshafte Bemerkungen und drehte den Dolch in der Wunde um. Er aber vergötterte sie nach wie vor, er sah in dieser herrlich schönen, bezaubernden Frau sein Idol, an das er keinen Vorwurf, keine Kritik herankommen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Ein Sparsamer. Herr (zu einem ältlichen Fräulein): „Gestatten Sie, mein Fräulein, ich bin eben im Begriff, eine Heiratsannonce einrücken zu lassen. Falls Sie dieselbe Absicht haben, können wir ja die Kosten sparen.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0002

und Mentors, des Kohlenminen-, Eisenwerke- und Schiffsbauhofbesitzers Mark Hanna, und war er zugleich Professionspolitiker gewöhnlichsten Schlages, so ist Herr Roosevelt ein mustergiltiger Vertreter des sogenannten „besseren" Bürgertums, ein Seidenstrümpfler (silk-stocking), wie man diese Schichte hier bezeichnet; ein in äußeren Formen anständiger, übrigens aber zum Exzentrischen hinneigender und mit militärischem Großmannsdünkel behafteter Liebhaber des herrschenden Ausbeutungssystems; ein Repräsentant der kapitalistischen Anarchie ganz genau so, wenn nicht schlimmer als Mc Kinley. Als Feinde der organisierten Arbeiter waren beide gleich notorisch. Die Arbeiter des Landes haben in dem neuen Präsidenten nichts gewonnen. Wäre der Czolgosz etwas mehr als ein Wahnsinniger, und sollte seine That ein gewisses Prinzip zur Geltung bringen, so müßten wir auch im Hinblick auf unseren Präsidentenwechsel sagen, daß die „Propaganda der That" wieder einmal gezeigt hat, wofür ihre Thaten Propaganda machen und sich damit wieder in ihrer ganzen Hirnverbranntheit erwiesen hat.

— Auf den Philippinen haben die Amerikaner eine schwere Niederlage erlitten. Die Kämpfe daselbst währen nun schon seit drei Jahren und machen den Amerikanern genau so viel Schwierigkeiten wie die Kämpfe mit den Buren den Engländern in Südafrika. Amerika hat schon oft erklärt, daß der Krieg auf den Philippinen zu Ende sei, aber immer wieder kommen Nachrichten von Operationen der Filipinos, die den Amerikanern schwer zu schaffen machen. Aus Manila wurde folgendes telegraphiert: „Eine Kompagnie amerikanischer Infanterie, welche in der Nähe von Balangina auf der Insel Samar beim Abkochen beschäftigt war, wurde von Filipinos angegriffen. 24 Amerikaner entkamen, 48 wurden getötet, 11 verwundet. Die Filipinos erbeuteten die Vorräte, die Munition und den größten Teil der Gewehre der Kompagnie."

— Die Anarchistin Emma Goldmann eine Agentin der Polizei. Diese kaum glaubliche Nachricht kommt aus Newyork. Nach einer Veröffentlichung der Brooklyn Eagle wäre Emma Goldmann im Solde der berühmten III. Abteilung in Petersburg, welche bekanntlich den politischen Polizeidienst im In- und Auslande durch Spitzel versehen läßt.

Afrika. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Trotz aller Dementis halten die Daily News die Meldung von der Demission Kitcheners aufrecht. — Mit der völkerrechtswidrigen Konfiskation des Eigentums der als „Rebellen" bezeichneten kriegführenden Buren ist jetzt begonnen worden. Eine Anklage auf Rebellion fand nach einer Reutermeldung in Graafreinet gegen den gefangenen Burenführer Lotter statt. Dieser ist angeklagt wegen Aufruhrs und Ermordung farbiger unbewaffneter Späher, der Ermordung im Felde stehender Soldaten und ferner, weil er Eisenbahnzüge in die Luft gesprengt und friedliche Unterthanen und andere Europäer durchpeitschen ließ. Lotter bekannte sich nur des letzteren Vergehens für schuldig und behauptete, er sei Bürger des Oranjefreistaates. Lotter wurde freigesprochen. Er berief sich auf einen Befehl seiner Vorgesetzten, jeden bewaffneten Eingeborenen zu erschießen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Vergehens gegen das Preßgesetz** und Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen ist Genosse Legien in Hamburg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Strafthat soll begangen sein in einem Artikel des von der Generalkommission herausgegebenen und von Legien verantwortlich gezeichneten italienischen Blattes L'Operaio. Darin war von einem Streik die Rede und es sollen dadurch die Arbeiter zur Mißhandlung von Streikbrechern aufgefordert worden sein. In der Verhandlung entspann sich ein Streit um die Uebersetzung des Wortes sentita, das die Polizei mit fühlbar, Legien und ein zugezogener Sachverständiger aber mit empfindlich übersetzten. Das Gericht machte sich die Polizeiübersetzung zu eigen und kam so zu der Bestrafung.

Parteinachrichten.

— **Eine Spaltung im 6. Berliner Wahlkreise** hat sich am Freitag vollzogen. Im Berliner Prater fand eine stark besuchte Versammlung statt, die der Vertrauensmann für die Schönhauser Vorstadt berufen hatte. Der Referent des Abends, Vertrauensmann Wünsch, plaidierte für Schaffung einer Sonderorganisation, weil die meisten Bezirksführer unter dem alten System nicht mehr arbeiten wollten. Die von ihm vorgeschlagene Resolution lautete:

„Die heutige Volksversammlung erklärt, daß es nach den in der Generalversammlung des 6. Wahlvereins gefaßten Beschlüssen, die gegen das Parteiprogramm und die Parteitagsbeschlüsse verstoßen, nicht möglich ist, im Interesse der Partei gedeihlich zu arbeiten, da durch diese Beschlüsse sowohl den Frauen, als auch den Genossen, denen es ihre wirtschaftliche Stellung unmöglich macht, dem Wahlverein anzugehören, das Recht der Mitbestimmung in vielen Fällen genommen wird. Die Versammlung erklärt ferner, am bisherigen Vertrauensmännersystem festzuhalten. Dem Vertrauensmann wird anheim gegeben, die einleitenden Schritte zu veranlassen.

Die Bezirksführer der Schönhauser Vorstadt."

Eine Gegenresolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die heutige Volksversammlung kann sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden erklären, sie sieht in der eingebrachten Resolution einen Disziplinbruch und geht über dieselbe zur Tagesordnung über."

Ihr schloß sich ein Protesttelegramm des Wahlkreisvertreters Reichstagsabgeordneten Ledebour an, welches aus Lübeck eingegangen war und in dem es hieß:

„Protestiere gegen Gründung einer Sonderorganisation für Schönhauser Vorstadt, ohne daß wir als Vertreter des Kreises Gelegenheit gegeben wird, an der Versammlung teilzunehmen."

Aber beide Versuche, die Spaltung zu verhindern, blieben erfolglos. Die Resolution des Referenten Wünsch gelangte nach lebhafter Debatte, in der unter anderem davor gewarnt wurde, ein zweites Solingen zu schaffen, mit großer Mehrheit zur Annahme.

— **Die sozialdemokratische Fraktion des baierischen Landtages** hat sich in ihrer ersten Fraktionssitzung konstituiert und die Verteilung der Geschäfte vorgenommen. Vollmar wurde als Vorsitzender, Scherm als stellvertretender Vorsitzender, Müller als Schriftführer bestimmt; hierauf wurde eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt. Zur Sprache kam u. a. die Behandlung der Wahlreform, deren nachdrückliche Betreibung beschlossen wurde.

— **Der Gesamtparteitag der Sozialdemokraten Oesterreichs** wird für den 1. November nach Wien einberufen.

Gewerkschaftliches.

Kotau der Buchdrucker vor der Regierung und dem 12000 Mark-Grafen. Der unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Georg Büxenstein und des Gehilfenvertreters Giesecke-Berlin seit dem 23. v. Mts. in Berlin tagende Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker richtete nach Schluß der Beratungen nachstehendes Telegramm an den Reichskanzler:

„Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker, die Vertretung der weitaus größeren Zahl der deutschen Buchdruckerprinzipale und Gehilfen, hat in Berlin nach einwöchiger Beratung wieder einen für das ganze Deutsche Reich giltigen Tarif für das Buchdruckergewerbe, welcher Lohnhöhe, Arbeitszeit, Arbeitsnachweis usw. festsetzt, beschlossen und zwar, wie im Jahre 1896, wiederum mit fünfjähriger Giltigkeitsdauer. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker mit ihren vielen, dem sozialen Frieden dienenden Einrichtungen ist dadurch von neuem bestätigt und der gewerbliche Frieden im deutschen Buchdruckergewerbe auf weitere fünf Jahre gewährleistet. Wir bitten Eure Exzellenz, als Kanzler des Deutschen Reiches, von dieser sozialpolitischen Einsicht und Thätigkeit der beiderseitigen Angehörigen des deutschen Buchdruckergewerbes gütigst Kenntnis nehmen und den von uns getroffenen Einrichtungen nach Möglichkeit Ihren hochmögenden Schutz angedeihen lassen zu wollen."

Dieselbe Depesche ist auch an den Staatssekretär Grafen Posadowsky gesandt worden — denselben Herrn, der sich vom Scharfmacherverbande 12000 Mark geben ließ, um Propaganda für die Zuchthausvorlage zu machen.

Die Herren Döblin und Rexhäuser haben es wirklich weit gebracht.

Bezeichnend ist es auch, daß durch dieses Telegramm zum erstenmale der Oeffentlichkeit etwas über das Resultat der Verhandlungen mitgeteilt worden ist.

Die Buchdruckereibesitzer in Kolmar (Elsaß) haben die vom elsaß-lothringischen Buchdruckerverband aufgestellten Forderungen — ebenso wie die Prinzipale in Mülhausen — abgelehnt. Das Gewerkschaftskartell von Kolmar erklärte sich mit den Forderungen der Buchdrucker einverstanden und sprach die Erwartung aus, daß dieselben zur Anerkennung gebracht werden.

Die Fensterputzer Deutschlands haben auf ihrem ersten Kongreß, der am Sonntag seinen Anfang nahm und von Delegierten aller größeren deutschen Städte, sowie dem ersten Vorsitzenden des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter besucht war, beschlossen, einen eigenen Verband für die Fensterputzer Deutschlands mit dem Sitz in Berlin zu gründen.

Die Dachdecker in Aachen haben ihren Lohnkampf, der bereits 14 Wochen währte, nunmehr als beendet erklärt. Der Sieg ist nur ein teilweiser. Besonders waren es die „christlichen" Arbeiter, welche den Erfolg vereitelten.

Zigarrenarbeiter. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Passek in Pirna sind vor kurzem — wie wir bereits berichteten — entlassen worden, und halten sich für gemaßregelt. Das Gewerkschaftskartell in Pirna ist gleichfalls zu der Ansicht gekommen, daß eine Maßregelung vorliegt und hat beschlossen, für die Unterstützung der Ausgesperrten einzutreten.

Ausland.

Schweden. Der Konflikt der Töpfer in Sandbäcks Kachelfabrik in Kolmar ist beendet und die Sperre der genannten Fabrik aufgehoben.

Italien. Die Glasarbeiter-Organisation in Italien — schreibt der „Fachgenosse" — schreitet rüstig vorwärts. Vom 7. bis 10. Juli d. Js. fand in Sesto Calende der zweite Kongreß der Federation der italienischen Glasarbeiter statt, auf dem auch die Herausgabe eines Fachblattes beschlossen wurde. Die erste Nummer ist bereits am 10. Sept erschienen und ist betitelt: „La Bottiglia".

Der 5. Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands

hat vom Montag, den 23. bis Mittwoch, den 25. September in Berlin getagt. Anwesend waren 49 Delegierte mit 74 Mandaten aus 24 Berufen und 23 Orten. Außerdem ist die Geschäftsleitung der Maurer, der Zimmerer und der Hauptvorstand der Metallarbeiter-Gewerkschaft, ferner die Geschäftskommission und die Revisoren der letzteren vertreten. Zur Leitung des Kongresses wurden Fr. Kater-Berlin, J. Hinrichsen-Schöneberg als Vorsitzende und Pommerenke-Königsberg als Schriftführer gewählt. Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wird die Verhandlungszeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Redezeit ist unbeschränkt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Referenten: Kater und Thieme. 2. Die Bestrebungen der Zentralorganisationen gegenüber den neutralen Gewerkschaften. Referent: Kessler. 3. Streiks, deren Regelung und Unterstützung. Referent: Th. Fischer. 4. Die deutsche Handelspolitik und die Lage der Arbeiter. Referent: R. Kleinlein. 5. Erledigung der eingegangenen Anträge. 6. Wahl der Geschäftskommission.

Aus dem Geschäfts- und Rechenschaftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Zentralisation haben sich seit dem letzten Kongreß der Verband der Weber und verwandter Berufsgenossen, die Gewerkschaft der Maler Deutschlands, der Verband der Rabitzspanner, der Fachverein der Hutenmacher, der Verein der Hausdiener, Packer rc., und der Bleiglaser angeschlossen. Ihren Austritt aus der Organisation haben erklärt: Die Stockarbeiter Berlins, der Verband der Möbelpolierer, der Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, der Verein der Bretterträger und Brettschneider, der Verein der Bilderrahmenmacher, die Sektion der Federmesserreiber des Kreises Solingen und der Verein der Stroh- und Filzhut-Arbeiter in Breslau. Die Organisation der Böttcher ist eingeschlafen.

Die Aufbringung der Gelder nach Maßgabe der auf dem 4. Kongreß gefaßten Beschlüsse (Umlageverfahren) hat sich nicht bewährt.

Die Einnahmen des Agitationsfonds beliefen sich in der Zeit vom 1. April 1900 bis 1. Juli 1901 auf 4602.19 Mk. Die Ausgaben betrugen, darunter 1000 Mk. an den Streikunterstützungs-Fonds, 4554.63 Mk., so daß ein Kassenbestand von 47.56 Mk. verblieb. Von der Geschäftskommission sind als Streikunterstützung 92075.50 Mk. ausbezahlt worden. Außerdem sind durch das Gewerkschaftskartell in Berlin zu verschiedenen Streiks 7057.44 Mk. gegeben worden. Eingegangen sind zu den Streiks von den Gewerkschaften 86541.30 Mk. Davon von der Zentralisation der Maurer 36940.— Mk., der Zimmerer 11550.— Mk., vom Verband der Möbelpolierer 13400.— Mk., Verein der Musikinstrumentenarbeiter Berlins 2850.— Mk., Bauarbeiter Berlins 3190.— Mk. und vom Zentralkomitee in Solingen 3200.— Mk.

Aus den von der Geschäftskommission im vorigen Jahre ausgegebenen Fragebogen, die allerdings nur zum Teil beantwortet wurden, geht bezüglich der Streiks folgendes hervor:

Abwehrstreiks fanden 10 statt, beteiligt waren daran 1565 Kollegen mit durchschnittlich 27 Tagen pro Mann. Angriffsstreiks fanden 20 statt, beteiligt waren daran 2066 Kollegen mit durchschnittlich 24½ Tagen pro Mann. Aussperrungen fanden 9 statt: woran 1174 Kollegen mit durchschnittlich 123 Tagen pro Mann beteiligt waren. Mal-Aussperrungen wurden an achtzig Berufsgenossen mit je 4 Tagen vollzogen. Bauperren wurden in 5 Fällen von 55 Berufsgenossen mit 244 Tagen Arbeitsverlust, durchschnittlich 4⅓ Tage pro Mann, vollzogen. Durch Vergleich wurde ein Streik beigelegt (Bäcker). — Diese Streiks haben im ganzen die Unterstützung die Summe von 197587.48 Mark gekostet. — Die Frage über das Vermögen des Vereins und Streik- resp. Unterstützungsfonds haben nur 54 Organisationen beantwortet. Das Gesamtvermögen dieser Organisationen betrug nach den Angaben 102209.92 Mk.

38 Organisationen in 20 Berufen, die sich auf 116 Orte erstrecken, zählen zusammen 19757 Mitglieder, während in denselben Orten und Berufen insgesamt 102015 Arbeiter beschäftigt sind.

Den Bericht über die Presse erstattet C. Thieme. Danach hatte die „Einigkeit" im 2. Quartal v. Js. 10252 Abonnenten. Die Abonnentenzahl ist auf 11158 im 4. Quartal v. Js. gestiegen. Seit dieser Zeit ist ein Rückgang zu verzeichnen und beträgt die Abonnentenzahl für das 3. Quartal nur noch 9625. Die Einnahmen für die „Einigkeit" betrugen in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis inkl. 30. Juni 1901 insgesamt 45402.47 Mk., die Ausgaben 44372.87 Mk., so daß ein Bestand von 1030.10 Mk. verblieb. Hinzu kommt noch das ausstehende Darlehn an den Streikunterstützungsfonds von 6763.80 Mk., so daß ein Gesamtgewinn von 7793.90 Mk. zu verzeichnen ist.

Nachdem die Berichte gegeben, wurde dem sozialdemokratischen Parteitag in Lübeck ein Begrüßungstelegramm übersandt.

Hierauf folgte eine lebhafte Diskussion über die Berichte. Zum Schluß wurde folgender Antrag angenommen:

Da verschiedene Irrtümer bei dem von der Geschäftskommission aufgestellten Umlageverfahren vorhanden sind, so ist eine Kommission zu wählen, die die Aufgabe hat, das Umlageverfahren zu prüfen, event. eine neue Aufstellung zu machen. Die neue Aufstellung soll nach einem weiteren Beschluß auf Grundlage der Präsenzliste vorgenommen werden.

*

Am 2. Verhandlungstage referierte Keßler über die Bestrebungen der Zentralisation gegenüber den neutralen Gewerkschaften.

Nach einer längeren sich dem Referat anschließenden Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„In der Erkenntnis, daß in der Gegenwart schroffer denn je die Merkmale des Klassenstaats zu Tage treten und die wirtschaftlichen Kämpfe eine immer härtere Form annehmen, andernfalls durch fortwährende Knebelungs- und Unterdrückungs-Versuche seitens der Besitzenden die Rechtslosmachung der Arbeiter systematisch betrieben wird und zu diesem Zweck die Besitzenden aller religiösen und politischen Schattierungen sich geschlossen der ihnen willfährigen politischen Macht bedienen, insbesondere die Unternehmer gegen die das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter durch Verruf, schwarze Listen u. s. w. brutal vorgehen, sieht der 5. Kongreß der Vertrauensmänner-Zentralisation in dem Bestreben, die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter politisch-neutral zu gestalten, einen bedauerlichen Irrtum in der Wertschätzung des wirtschaftlichen Kampfes und eine Verflachung der Gewerkschaftsbewegung und dadurch eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung.

Der Kongreß ist vielmehr der Ansicht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nach den Grundsätzen des sozialdemokratischen Parteiprogramms errichtet und geleitet werden und sie Pflegestätten des sozialistischen Gedankens sein müssen. Die politisch neutralen Gewerkschaftsorganisationen betrachtet der Kongreß als nicht zeitgemäß und hindernd für den Emanzipationskampf der Arbeiter aus geistiger und physischer Knechtschaft.

Der Kongreß erklärt ferner seine Uebereinstimmung mit der am 12. März d. Js. in Kellers Festsälen beschlossenen Resolution und stellt sich nach wie vor auf den Boden der Programm-Resolutionen, die auf dem 1. und 4. Kongreß beschlossen wurden."

Daran schließt sich das Referat von Th. Fischer über: Organisation, Streiks, deren Regelung und Unterstützung. Nach der dem Referat folgenden Diskussion wurde eine fünfgliedrige Kommission beauftragt, aus den zu diesem Punkte gestellten Anträgen dem Kongreß einheitliche Vorschläge zu machen.

Hierauf referierte Kleinlein über: Die deutsche Handelspolitik und die Lage der Arbeiter.

Von einer Diskussion über den Vortrag wurde Abstand genommen und einstimmig nachstehende Resolution beschlossen:

„Der fünfte Kongreß der Vertrauensmänner-Zentralisation der Gewerkschaften Deutschlands protestiert energisch gegen den von der Regierung veröffentlichten Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes.

Durch diesen Zolltarif würde, wenn er Gesetz werden sollte,

1. die Volksernährung bedeutend verteuert, und
2. der Absichtlichkeit von Handelsverträgen mit anderen Staaten zur Unmöglichkeit gemacht werden.

Durch die Verteuerung der Lebensbedürfnisse des Volkes, der die Löhne der Arbeiter nicht in der nötigen Höhe mit der erforderlichen Schnelligkeit folgen könnten, würde die Gesundheit, die Sittlichkeit und die wirtschaftliche Lage des Volkes bedeutend gefährdet und geschädigt werden. Es würden dadurch endlose schwere Kämpfe zwischen den Betriebsunternehmern und den Arbeitern wegen der notwendig werdenden Lohnerhöhung hervorgerufen werden, die den Volkswohlstand schwer erschüttern müssen. Da sie besonders wegen der mangelhaften Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter sehr häufig zu ungunsten der Arbeiter ausfallen werden, würde eine wesentliche Herabminderung der Lebenshaltung der Arbeiter eintreten, die den Verbrauch an Waren noch weiter herabmindert, als es jetzt schon sehr zum Schaden von Industrie und Landwirtschaft der Fall ist.

Um die Krisen in unserm Wirtschaftsleben, unter welchen wir so oft und auch gegenwärtig so schwer leiden, zu beseitigen, ist es notwendig, die Volksmassen verbrauchsfähiger zu machen, als sie es sind. Die durch den Tarifentwurf hervorgerufene Verteuerung der Waren würde aber den Verbrauch vermindern und dadurch die Krisen öfter und schwerer machen. Diese Wirkung müßte besonders auch deshalb eintreten, weil die Behinderung des Abschlusses von Handelsverträgen die andren Völker zu Gegenmaßregeln gegen unsere Ausfuhr anreizen müßte, wodurch unsere Industrie lahmgelegt, also die Arbeitsgelegenheit für die deutschen Arbeiter vermindert und dadurch weitere Ursache zur Herabminderung der Arbeitslöhne gegeben würde. Es würde also der Fall eintreten, daß Deutschland seine Bevölkerung nicht mehr würde ernähren können, und daß sie noch mehr wie bisher durch Not und Elend zur Auswanderung getrieben werden würde, womit sie noch weiter durch Nachschub aus weniger kultivierten Ländern des Ostens ersetzt und der nationale Bestand Deutschlands gefährdet werden müßte.

Der Kongreß läßt daher den Mahnruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft ergehen, alle Mittel zu benützen, um den neuesten Anschlag auf noch größere Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu schanden zu machen." (Schluß folgt.)

Quittung.

Für die streikenden Tabakarbeiter:

Von dem Müller-Verband 5 Mk. Güldenberg.

Für Kalender:

Von der Wehlitzer Kolonne 1.50 M. Groß.

Litteratur.

Auf dem Gebiete der **billigen Unterhaltungslitteratur** zeigen die uns eben zugegangenen Zehnpfennig-Hefte 34—38 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek **In Freien Stunden** wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer" und „Dombey und Sohn" und wir raten unseren Lesern, Probehefte, die zum Zwecke des Nachbezugs durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Dickensschen Romans „Dombey" können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin „Die Islandfischer" ihren Anfang nehmen.

Die Rechte und Pflichten des Mieters von Richard Lipinski-Leipzig. Preis 20 Pfg. 20. Auflage. Von diesem Büchelchen sind in kurzer Zeit 100000 Exemplare abgesetzt worden, eine Thatsache, die für die Vorzüglichkeit desselben spricht.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0003

Stadt-Theater Halle a. S.

Mittwoch den 2. Oktober 1901. abends 7¼ Uhr
19. Vorst. i. P.-Ab. 4. Vorst. auß. Ab. 3. Viertel.
Zweite Vorstellung im Sonder-Abonn.
Shakespeare-Zyklus.
Viel Lärm um Nichts!
Lustspiel in 4 Akten v. W. Shakespeare.

Donnerstag den 3. Oktober 1901 abends 7¼ Uhr.
20. Vorst. i. P.-Ab. 16. Abonn.-Vorst. 4. Viertel. Farbe gelb.
Zar und Zimmermann.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Gänzlich neuer Spielplan!

Die elektrisch-musikalischen Sterne, 14 Damen, 1 Herr, 2 Kinder, große sensationelle Ausstattungsszene. Dirig.: **Hermann Krüger.** — **Mr. Henry Kaiser** und sein komischer Diener, Jongleur-Akt im Wiener Café. — **Messrs. Fred u. Pauly,** Bravour-Kopf- und Hand-Akrobaten an hängenden Ketten. — **Sign. Rio de Costa,** exzentrischer Kunst-Radfahrer. (Der Strolch auf dem Rade.) — Herr **Rudolf Krb.** Virtuos auf der Okarina. — **Ben Aramed,** indischer Zauberer. — **The Original Vulcanos,** Teufels-Ausstattungs-Akt: „Im Reiche des Satan." — Herr **Max Walden,** Original-Gesangs-Humorist und Rezitator. — **Jules Greenbaums** Amerikanischer Bioskop mit neuen sensationellen lebenden Photographien.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller**
am Riebeckplatz, 2 Min. v. Haupt-Bahnhof entfernt.
Ab 1. Oktober täglich abends 8 Uhr
Der neue, großartige Spielplan.
Auf vielseitigen Wunsch prolongiert.
D'Loisachthaler, oberbairisches Gesangs- und Tanz-Ensemble a. Garmisch-Partenkirchen.
Camillo Borghese, Schönheits-Galerie lebend. Kolossalgemälde. Neue Serie.
??? Jean Bayer ??? Gesangs-Humorist mit seinem selbstverfaßten Schlager-Repertoir.
Abs-Avello, Bravour-Krafttürmer.
Miss Katharina, Drahtseil-Künstlerin.
Olisca, Rauch- und Sand-Malerin.
The Passpart's Amerikanisches Tanz-Duett.
Toni Hauser, Lieder-Sängerin.
Dröses Velograph mit einer neuen Serie feiner wunderbaren lebend. Photogr.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Jeden Mittwoch
Schlachte-Fest.
Oskar Heller,
Steinweg 32.
Telephon 2179.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Siegel.
Böllbergerweg 20.

Zuggardinen-Einrichtungen.
Gardinenstangen in allen Längen und Breiten 45 Pf., 70 Pf., 1 M.
Gardinenstangen, verstellbar, „Neu"

Gardinenrosetten Paar 25 Pf., 3 Pf., 40 Pf., 50 Pf.
Portierenstangen, kompl. 3, 4.50 M.
Plättbretter, gut gepolstert, 3.75 M., 4.50 M.
Aermelplättbretter 1.25 M.
Garderobeleisten, Handtuchhalter
Stufenleitern, solid und gut, Stück 75 Pf.
Messer u. Gabeln, Dutzend Paar 2.75 M., 3 M., 3.50 M., 4.50 M., 5 M., 6 M. bis 13.50 M.
Eßlöffel, Dtzd. 85 Pf., 2 M., 2.50 M. bis 4 M.
Kaffeelöffel, Dtzd. 55 Pf., 75 Pf., 90 Pf., 1 M., 2 M.
Küchenreibe, Brot- und Wurstmesser.
Sämtliche Wirtschaftsartikel in guter Ware sehr preiswert.
Spitze Lebermaschen.
Spielwaren.

Robert Plötz

17 Leipzigerstraße 17.

Für die neue Wohnung.

Stufenleitern, leicht, sicher stehend.

Kleiderbürsten.

Kopfbürsten.

Scheuerbürsten.

Stubenbesen, Handfeger.

Kohlenkasten.

Vogelbauer, von Holz und Draht.

Fruchtschalen und Aufsätze.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Die Firma C. F. Ritter führt nur gute Qualitäten und garantiert bei jedem Stück für zweckentsprechende Haltbarkeit.
Umtausch bereitwilligst gestattet.

Paneele in großer Auswahl.

Gardinenstangen in allen Größen.

Serviertische.

Handtuchhalter zum Hängen und Stellen.

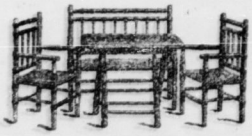
Zuggardinen-Einrichtungen, praktische Konstruktion.

Gewürz-Etageren.

Wirtschaftswagen.

Krümelschippen.

Kaffeemühlen.



Kindermöbel.

Küchenlampen.

Schirmständer. — Garderobenhalter.

Tischlampen.

C. F. Ritter

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Bettfedern,

Fertige Betten, Inletts, Bettwäsche, Strohsäcke, Eisen- u. Holz- Bettstellen
mit und ohne Matratzen empfiehlt unter **Garantie** streng **reeller** Bedienung

Eduard Graf

Erstgrößtes Spezial-Geschäft am Platze.
Marktplatz 11.

Wir gehen alle nach dem gemütlichen
Klein-Paris,
Restaur. u. Café, **Leipzigerstr. 102.**
Täglich div. Unterhaltungsmusik u. s. w.

Geschäfts-Eröffnung.
Mittwoch den 2. Okt. eröffne ich einen
Rossfleisch-Verkauf.
ff. Waren der Firma August Thurm
Hochachtungsvoll
Frau Johanne Sommer.
Merseburgerstr. 32.

ff. Rosinen per Pfund 30 Pf.
ff. Mandeln per Pfund 100 Pf.
offeriert
A. Trautwein,
Gr. Ulrichstraße 31.

Butter! Geflügel!
10 Pfd.-Kolli Grasbutter Mk. 6.50, 5 Pfd. Butter, 5 Pfd. Honig Mk. 5.20, 7gr. Gänse, 16gr. Enten, 22 f. Brathahnen, 20 Winterlegehühner, je Mk. 22 franko, garantiert lebende Ankunft.
Spitzer, Tluste, 3/13 via Schlesien.

Werkzeuge in Ia Qualität u. Eisenwaren empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

In großer Auswahl empfiehlt:
Bettfedern und Daunen, fertige Bettinlet, Bettbezüge, Strohsäcke.
W. A. Kyritz,
Trödel 2 am Markt.

Friedrich Peileke

Geiststraße 25 Geiststraße 25
Möbel-Handlung
Neu und **Gebrauchter Möbel**
empfiehlt sein stets großes Lager von Buffetts, Schreibtischen, Vertikows, Paneelsofa, Garnituren, Stegtischen, Trumeaux, Spiegeln, Koulissentischen, Rohrlehnstühlen, Bücherschränken. Ganze komplette Salon-Einrichtungen. Ganze komplette Schlafzimmer, sowie einzelne Bettstellen mit und ohne Matratzen, Waschtische mit und ohne Marmor, Kleiderschränke u. v. a. zu streng reell und billigen Preisen.
Mein **Geschäftslokal** befind. sich **nur**
25 Geiststraße 25.

Selbstgekochtes
Pflaumenmus
à Pfd. **25 Pf.** offeriert
A. Trautwein,
Gr. Ulrichstr. 31.

Soldatenkisten,
Schiebekisten in allen Größen vorrätig **Gr. Märkerstr. 23.**

Pflaumen zum Muskochen
à Ztr. 2 Mk.
bei **Eduard Sieler.**
Naundorf bei Deuben.

Kräft. Privat-Mittagstisch W. 3 M.
Witwe Richter, Zinksgartenstr. 15, II.

Möbl. Zimmer verm. Zinksgartenstr. 15.

Junger Buchbindergehilfe
zum Einrahmen von Bildern für dauernd gesucht **W. Krause,**
Bilderrahmen-Fabrik.

Silberne Anker-Remontoiruhr
Sonntag nachm. von der Peißnitzbrücke bis Waldkater verl. Gegen Beloh. abzugeben Wuchererstr. 14.

Die Sozialpolitik in Deutschland und in Frankreich.

Ein Vortrag
gehalten am 7. Febr. 1901 im Trianon zu Dresden von
Georg von Vollmar.
Preis 15 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Rannische Straße 3.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 230 — Halle a. S., Mittwoch den 2. Oktober 1901. — 12. Jahrg.

Parti ouvrier français.

Nun haben die verstockten Doktrinäre schon wieder einmal sich als die klarer Sehenden erwiesen. In der Millerandfrage ist die Blamage der „praktischen" Politiker so vollständig, wie sie nicht ärger gedacht werden kann, und in der Organisationsfrage der französischen Sozialdemokratie hat sich keine ihrer Voraussagungen erfüllt. Als vor einem Jahre die Guesdisten den sogenannten Einigungskongreß unter Protest verließen, da wurde das als ein Todesgang bezeichnet — ein von einem der Praktischsten unter den Praktischen geleitetes Parteiblatt, der Karlsruher Volksfreund, schrieb sogar, die Partei sei einfach nicht mehr ernst zu nehmen. Und heute, nach kaum einem Jahre? Jaures hat seine „Einigung" zu stande gebracht, aber sie geht schon wieder aus den Fugen, die französische Arbeiterpartei (Parti ouvrier français) dagegen steht stärker da als je!

Vorige Woche hat in Roubaix der 19. Jahreskongreß dieser Partei getagt. Er mußte interessant sein deshalb, weil dabei die Folgen der Vorgänge des letzten Jahres für die guesdistische Organisation sich offenbaren mußten.

Was waren diese Folgen? Hören wir den Berichterstatter der Leipziger Volkszeitung, einen Genossen, der vor einem Jahr noch für Millerand eintrat, heute freilich offen bekennt, daß er eine Dummheit begangen, einen Genossen, dem wir noch vor einem Jahre tendenziöse Berichterstattung zu ungunsten der Guesdisten vorwerfen mußten. Dieser Genosse schreibt:

Vor einem Jahre, auf dem zweiten allgemeinen sozialistischen Kongreß, war es die Arbeiterpartei, die den verantwortungsvollen Schritt gethan hat, sich von der eben im Entstehen begriffenen sozialistischen Gesamtorganisation zu trennen. Verantwortungsvoll war dieser Schritt nach zwei Richtungen hin: nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Einigung des französischen Sozialismus, sondern auch vom Standpunkte der Interessen der guesdistischen Sonderorganisation selbst. Waren auch die zosusagen minder zuverlässigen Elemente aus der stets nach absoluter Homogeneität strebenden Organisation bereits ausgeschieden, so daß diese wieder eine fester denn je disziplinierte Phalanx bildete, so schien doch andererseits die Isolierung dieser Phalanx eine Ursache ihr fortschreitenden Schwächung sein zu sollen. Es kam aber anders. Wie ich bereits vor dem Lyoner Kongreß schrieb, ist die entgegenstehende Gesamtpartei nicht zum Anziehungspunkt der sozialistischen Kräfte geworden. Die mit der Fortdauer der Ministerschaft Millerands ihre verfehlte Taktik immer mehr ausprägende ministerialistische Richtung hat vielmehr die centrifugalen Tendenzen innerhalb der geeinigten Neubildung gestärkt. Die Gesamtpartei wurde für den Ministerialismus der Minderheit desto unumgänglicher haftbar gemacht, als die ministerialistische Minderheit der Partei die Mehrheit innerhalb der Kammerfraktion war, und als ferner die antiministerialistische Mehrheit des Generalkomitees, wie bis zur Stunde, kein Zeitungsorgan hatte. Auf dem Lyoner Kongreß waren es nun nicht die Guesdisten, die zur Gesamtpartei zurückkehrten, sondern vielmehr waren es die Blanquisten und die ihnen verwandten Gruppen, die ihrerseits aus der Gesamtpartei ausschieden, um gleichsam die Guesdisten aufzusuchen und mit ihnen einen neuen Parteieinheitsversuch zu machen.

Der Kongreß von Roubaix spiegelt nun in jeder Beziehung die angedeutete Entwickelung wieder. Er war vor allem eine feierliche, triumphierende Kundgebung des Selbstgefühls der Arbeiterpartei und ihres inneren Zusammenhaltes. Er war aber auch der Ausdruck dessen, daß nur diese Organisation die Seele der anderen Einheit sein kann.

Die ziffernmäßigen Angaben der Jahresberichte zeigen organisatorische Fortschritte, wie sie die Arbeiterpartei früher nicht zu verzeichnen hatte. Für französische Verhältnisse ist dabei vor allem der Finanzbericht maßgebend, da ja bekanntlich dem französischen Arbeiter die Gewohnheit regelmäßiger Beitragsleistung (in politischen wie auch sogar in gewerkschaftlichen Organisationen) leider noch fehlt. Die Zentralkasse der Arbeiterpartei wies nun im letzten Jahre eine Bilanz von 38 500 Franken auf gegenüber 28 750 Franken im Jahre 1900 und 19 000 Franken im Jahre 1899. Hingegen rechnete die Zentralkasse bloß mit 5—6000 Franken.

Die Zahl der verteilten Mitgliedskarten, also auch der Parteimitglieder, betrug 18 633, die in mehr als 900 Gruppen organisiert sind. Im letzten Jahre wurden 160 neue Gruppen in 31 Departements und 6 neue Föderationen gebildet.

Die Partei-Buchhandlung verkaufte 54 450 Broschüren, Bücher oder Lieder, gegenüber 33 317 im Vorjahre.

Der permanente Ausschuß des Nationalrates (die eigentliche Parteileitung) hielt 274 Versammlungen oder Vorträge ab.

Die letzten Departementswahlen haben der Partei einen Stimmenzuwachs von 15 Prozent gebracht unter gleichzeitigem Mandatsverlusten. Bei dieser Gelegenheit ist zu erwähnen, daß dem Kongreß von Roubaix bloß drei Kammerdeputierte beiwohnten, während nach den Kammerwahlen von 1898 dreizehn guesdistische Deputierte gezählt wurden. Die übrigen 10 sind aus der Organisation ausgetreten. In den kommenden Neuwahlen wird es sich dann zeigen, wer in den betreffenden Wahlkreisen einflußreicher ist, der ausgeschiedene Abgeordnete bezw. die um das Generalkomitee gruppierte Organisation oder die guesdistische Organisation.

Von den Kongreßbeschlüssen ist vor allem die Annahme des seiner Zeit mitgeteilten Einigungsentwurfes von Bedeutung. Mit der Regelung der Detailfragen ist die Parteileitung beauftragt.

Der Zarenbesuch wurde mit folgendem per Akklamation angenommenen Protest beantwortet: „Im Augenblick, da die Bourgeoisrepublik und eine Regierung der sogenannten republikanischen Verteidigung im Gefolge des Deroulede und Drumont nach Dünkirchen gehen, um dort vor dem Kaiser auf dem Bauch zu rutschen, der die Knute und Sibirien verkörpert, begrüßt der 19. Jahreskongreß der französischen Arbeiterpartei das russische Proletariat und die russische Sozialdemokratie. Er erklärt sich solidarisch mit ihren heroischen Kämpfen und ruft mit ihnen im Angesicht Nikolais II. und letzten: Nieder mit dem Zarismus! Die französische Arbeiterpartei lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt auf die Republikaner von der Art Waldeck-Rousseaus, auf die Radikalen von der Art Baudins und Lanessones, nicht auf die Sozialisten von der Art Millerands, die nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart der Menschheit bloßstellen und verraten, indem sie durch ihren Beifall und unser Geld den moskowitischen Despotismus unterstützen, diese Schmach des 20. Jahrhunderts, dem wahren Rückgrat der europäischen Reaktion."

Ferner wurde ein Protest gegen die Verhaftungen von angeblichen Anarchisten aus Anlaß der Zarenreise angenommen.

In Bezug auf die Kammerwahlen 1902 wurde für den ersten Wahlgang das unbedingt selbständige Vorgehen zur Pflicht gemacht, bezüglich der Stichwahlen lautet der, wie stets, einstimmig angenommene Beschluß: „In der Stichwahl werden die Föderationen fortfahren, zum Besten der Partei zu handeln im Rahmen der auf dem Kongreß von Ivry (1900) votierten Resolution, die Allianzen verbietet und Koalitionen gestattet," d. h. nach wie vor mit den bürgerlichen Parteien zusammenzugehen. Sodann wurde beschlossen, in sämtlichen 589 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen und zu diesem Behufe eine besondere Kommission mit dem Sitz in Paris gewählt. Dieser Beschluß bedeutet wohl, daß wenigstens für die Wahlen 1902 die guesdistisch-blanquistische Union keine Kandidatur-Einheit kennen wird. Uebrigens, buchstäblich ausgeführt, müßte der Beschluß zu schweren Reibungen zwischen Guesdisten und Blanquisten führen. Die ersteren müßten ja auch in den Wahlkreisen Kandidaten aufstellen, die bereits im blanquistischen Besitz sind .... Daß hingegen die Kandidaten und Abgeordneten des anderen sozialistischen Lagers werden bekämpft werden, versteht sich von selbst. In dieser Beziehung ist für die Stimmung der Guesdisten ein kleiner Zwischenfall bezeichnend. Im Sitzungssaal, dem Festsaal der Genossenschaft Friede, befanden sich unter den an den Wänden gemalten Namen von sozialistischen Vorkämpfern auch die von Jaures und Turati. Ueber Nacht wurden diese zwei Namen weggekritzelt und durch diejenigen von Lafargue und Sanial (von den amerikanischen de Leoniten) ersetzt.

Zur Frage der Altersversicherung erklärte der Kongreß den Regierungsentwurf für eine „Nichtigkeit, eine Gefahr und eine Gaunerei" und beauftragte die guesdistischen Deputierten, gegen jeden Versicherungsentwurf zu stimmen, der auf Beiträgen seitens der Lohnarbeiter beruhen würde.

Ferner sprach sich der Kongreß für den Eisenbahner-Schutzgesetzentwurf Bertrean (10-Stundentag) aus und beauftragte den Nationalrat, eine Agitationsbroschüre für die Eisenbahner herauszugeben. Den Bergarbeitern wurde die Unterstützung zugesagt, falls sie den Generalstreik erklären sollten wegen Nichterfüllung ihrer Reformforderungen (8-Stundentag, 2 Franken Pension täglich nach 25 Dienstjahren und Lohnminimum).

Eine Resolution erklärt sich für die weitgehendste Verkürzung der militärischen Dienstzeit und gegen jeden Versuch, eine Berufsarmee wiederherzustellen, zugleich selbstverständlich an die Notwendigkeit der Ersetzung des stehenden Heeres durch die Volksbewaffnung erinnernd.

Schließlich wurde folgende Resolution votiert: „Der 19. Jahreskongreß der französischen Arbeiterpartei erinnert ihre Mitglieder und alle Arbeiter ohne Ausnahme daran, daß sie keinen Unterschied zwischen ihren Klassengegnern zu machen haben und diese sämtlich in gleicher Weise bekämpfen müssen, gleichviel ob es Katholiken, Protestanten, Semiten, Antisemiten, Freimaurer, Freidenker zc. sind. Ihre Pflicht ist es, morgen wie gestern und immer bis zu ihrer endgiltigen Befreiung ausschließlich auf dem Boden des Klassenkampfes zu verharren."

Von der Leitung der deutschen Sozialdemokratie, gezeichnet Auer, war ein Begrüßungstelegramm eingegangen, dessen Verlesung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Wir freuen uns über die Fortschritte unserer französischen Bruderpartei. Möge sie sich so weiter entwickeln, dann wird es ihr auch gelingen, die Verwirrung unter der französischen Arbeiterschaft zu beseitigen, die einige Streber angerichtet haben.

Ein steifnackiger Bürgermeister.

Erschrick nicht, lieber Leser! Es handelt sich nicht um einen Bürgermeister der liberalen Stadt Halle. Ueberhaupt werden sich wohl in Deutschland nicht viel Stadtgewaltige finden, denen man obiges Eigenschaftswort zusprechen kann. Die meisten befinden sich in einem bedauerlichen Zustande chronischer Rückgratverweichung, der sie vor jeder Fürstlichkeit in „allerunterthänigster Ehrerbietung" zusammenklappen läßt und auch bewirkt, daß alle Wünsche, welche von den Vertretern einer hohen Regierung geäußert werden, von den kommunalen Paschos schleunigst und bereitwilligst in Ausführung gebracht werden: Regis und auch praefecti voluntas suprema lex! — Zum Teufel die kommunale Selbständigkeit!

Doch zur Sache. Der Bürgermeister, von dem hier die Rede sein soll, ist zwar auch das Oberhaupt einer großen Stadt mit einer reichen und blühenden Industrie, einer Universität und sonstigen Instituten der Intelligenz sowie einer sehr starken Garnison — allein die Stadt liegt in Frankreich und heißt Lille. Und der Bürgermeister ist ein — horribile dictu — Sozialdemokrat! — Unsere Ordnungsgrößen erschaudern! Ja, und obwohl dieser „Umstürzler" mehrere Jahre die Geschicke der Stadt lenkt, ist diese noch nicht in einen Trümmerhaufen verwandelt worden, sondern blüht und gedeiht besser denn je zuvor.

Wie schon mitgeteilt, hat dieser Bürgermeister, Delory ist sein Name, verboten, daß in seiner Stadt zu Ehren des Oberhauptes der russischen Knutenherrschaft die öffentlichen Gebäude geflaggt würden, wie es von seinem Präfekten (etwa Regierungspräsidenten) gewünscht wurde. Zugleich hat er einen Brief an den Herrn Präfekten gerichtet, den wir der Petite République, unserm französischen Parteiblatte, entnehmen, und der folgendermaßen lautet:

„Herr Präfekt!"

„Ich habe die Depesche erhalten, in welcher Sie sich beschweren, daß ich Ihrer „Einladung" nicht nachgekommen bin bezüglich der Schmückung der öffentlichen Gebäude."

„Ich muß Sie zunächst darauf aufmerksam machen, daß Sie mir nicht eine „Einladung", sondern einen Befehl haben zugehen lassen. Nun, ich habe vergeblich nach dem Passus gesucht, der Ihnen erlaubt, den Bürgermeistern derartige Befehle zu geben, außer für das Nationalfest. Der Gegenstand hat, wenn ich mich nicht täusche, nichts mit jener Kategorie von Befugnissen zu thun, bezüglich deren Ausübung ich nach Artikel 92 des Munizipalgesetzes Ihrer Autorität unterstellt bin. Ich kann also in dem vorliegenden Falle nur, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, einen Irrtum Ihrerseits annehmen."

„Ich prüfe übrigens die Gesetzmäßigkeit Ihres Befehles nur, weil Sie vor meinen Augen mit der hier gar nicht angebrachten „Schärfe des Gesetzes" operieren. Eine vertrauliche „Einladung" würde von mir in derselben Weise aufgenommen sein."

„Da Sie sich aber öffentlich zum Richter über Thatsachen und Anschauungen machen, die nichts mit Ihrer Autorität als Präfekt zu thun haben und da sie an das Urteil der Bevölkerung von Lille appellieren, so ersuche ich Sie, das Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 2. Oktober 1896 nachzulesen. Sie werden dort finden, daß bei einer ähnlichen Gelegenheit die sozialistische und radikale Majorität sich geweigert hat, der Kundgebung respektvoller Sympathie für das russische Fürstenpaar zuzustimmen, wie sie von der reaktionären Minorität des Kollegiums vorgeschlagen war."

„Wenn Sie sich ferner die Resultate der letzten Munizipalwahlen vor Augen führen, so werden Sie konstatieren können, daß meine Mitbürger alle die Stadtverordneten kaltgestellt haben, die ihre respektvolle Sympathie dem russischen Zaren bewiesen haben, während alle anderen wiedergewählt wurden."

„In dieser Weise haben also die Einwohner der großen Stadt geurteilt, deren Verwaltung mir obliegt. Und aus dem Fehlen jeglichen Schmuckes der Privathäuser habe ich alle Ursache anzunehmen, daß die Einwohner ihre Anschauungen nicht geändert haben."

Das genügte meiner Ansicht nach, daß ich, in Nichtachtung Ihrer persönlichen Stellungnahme, die mir gleichgiltig ist, nicht bedauere, verboten zu haben, daß die Fahnen einer republikanischen und sozialistischen Stadt zur Verherrlichung eines Monarchen dienen. Sie sollen aufbewahrt sein für den Tag, an dem das russische Volk befreit sein wird von dem schändlichen Joche, unter das es sich jetzt noch beugen muß."

Soweit der französische Bürgermeister. — Wir bedauern, daß wir nicht als Pendant einen Brief unseren Lesern vorführen können, der beispielsweise bezüglich der Feierlichkeiten für die Denkmalseinweihung von dem Oberhaupte der Stadt Halle an den Regierungspräsidenten geschrieben worden ist.

Ob der Ton in einem solchen Briefe auch so männlich und unerschrocken gehalten sein wird, wie in dem Angeführten?

Stadtverordneten-Sitzung

vom 30. September 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsteher mit, daß die wegen jener Petition gegen die Getreidezölle eingesetzte Kommission ihre Beratungen zu Ende geführt habe und ohne Zweifel der nächsten Versammlung eine Vorlage zugehen wird. Der Vorsteher meint, es wird leicht möglich sein, ohne weitere Verzögerung und Vorbereitung in der Sache Stellung zu nehmen und einen definitiven Beschluß zu fassen. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23. September wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. und 2. Die Rückgabe einer Str.-Kymparzelle der Streiberstraße an den früheren Besitzer wird dem Vorschlage gemäß beschlossen und der Verlängerung eines Vertrages wegen Räumung des Mühlgrabens wird zugestimmt.

Punkt 3 fällt aus.

4. Der Rest von den 70 000 Mark. Folgende Interpellation: „Welcher Betrag ist von der zur Enthüllung des Kaiserdenkmals bewilligten Summe von 70 000 M. zu dem angegebenen Zwecke verwendet worden?" wurde vom Stadtv. Albrecht begründet. Redner weist darauf hin, daß es bei der Denkmalsenthüllung so gekommen sei, wie er vorausgesagt habe. Da die Ausgaben doch jedenfalls geringfügiger Natur gewesen sind, so erscheine es wohl angebracht, der Versammlung nun einmal mitzuteilen, wie hoch sich die verausgabte Summe beziffert. Es handele sich darum, die zu Prunkzwecken bewilligte Summe nun für andere Zwecke zu verwenden.

Oberbürgermstr. Staude entgegnet, daß es trotz der schlechten Verhältnisse schwer gewesen sei, Rechnungen von den mit Arbeiten Beauftragten einzubekommen. Daß das Kaiserpaar nicht gekommen sei, habe man vorgewoll aufgenommen, zumal die Vorbereitungen zum Empfang alle angeordnet waren. Die Verträge zu diesem Zwecke waren vom Bauamt so abgefaßt worden, daß nur gemäßigte Entschädigungen gezahlt werden brauchten. Jedoch sei etwa der fünfte Teil der Summe, ein Betrag von 13 850.25 M. ausgegeben. Darunter befinden sich aber allein 10 000 M. für gelistete Entschädigungen bezüglich rückgängig gemachter Arbeiten zc. Die Frage, was mit dem übriggebliebenen Gelde, dem Betrage von etwa 56 000 Mark werden soll, sei ganz berechtigt; der Betrag wäre aber so wie so verrechnet und wieder zur Disposition gestellt worden. Auf die Anfrage des Vorstehers, ob eine Besprechung der Angelegenheit gewünscht wird, erheben sich nur unsere Parteigenossen und wurde die Sache somit als erledigt erklärt.

5. Ein Antrag unserer Parteigenossen: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu machen, nach welcher der § 29 des Ortsstatuts vom 14. Juli 1891 betr. Gewerbegericht hierselbst dahin abgeändert wird, daß die Zeitversäumnis-Entschädigung der Besitzer für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, auf 4 Mk. erhöht wird", wurde vom Stadtv. Gerig begründet. Redner stützt sich darauf, daß früher bei der Gründung des Gewerbegerichts bei der ersten Sitzung schon ein Arbeitgeber den Antrag gestellt habe, die Sitzungen mit 5 Mk. zu entschädigen. Damals habe man schon in den Kreisen der Arbeitgeber eingesehen, daß die Entschädigung mit 3 Mark pro Sitzung viel zu gering sei. Innerhalb 10 Jahren haben sich die Verhältnisse hier bedeutend geändert. Die Arbeiterbesitzer haben häufig Schaden, wenn die Sitzungen so lange dauern, daß sie nachmittags nicht mehr ihrem Berufe nachgehen können. Es müsse auch in Betracht gezogen werden, daß der Lohn jetzt etwas höher stehe, als vor 10 Jahren. In einigen Betrieben, wo Besitzer arbeiten, sei die sogen. englische Arbeitszeit eingeführt. Wenn man den Lohnausfall entschädigen wolle, so möge man dem Antrage auf 4 Mk. zustimmen. Die Mehrausgabe für ein so wichtiges Institut, wie das Gewerbegericht, sei nicht so groß; es handele sich vielleicht um einen Betrag von 100 bis 150 Mk. und sicher nicht um einen Betrag über 200 M. Im Interesse der geschädigten Arbeiterbesitzer möge man den Antrag annehmen.

Oberbürgermeister Staude erklärt hierauf, seiner Erinnerung nach wären wohl in jener Sitzung bei der Gründung des Gewerbegerichts nur 4 Mk. beantragt worden. Was der Vorredner gesagt habe, darin liege viel Wahres. Es sei richtig, daß die Sitzungen häufig über mittags hinaus dauerten und die Arbeiter, die mehr als 3 Mk. verdienten, geschädigt würden. Das müsse man alles anerkennen. Der Magistrat ersuche aber, diesen Antrag abzulehnen, da er beschlossen habe, auf anderem Wege zu helfen. Die Sitzungen sollen von vormittags auf den Nachmittag verlegt werden und könnten die Besitzer dann vor Verlusten geschützt werden.

Die Stadtv. Albrecht und Krüger erwidern dem Oberbürgermeister, daß der wegen der paar Mark vorgeschlagene Ausweg jedenfalls nicht empfehlenswert erscheine. Die Bel-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0005

sicher müßten sich vorher dazu einrichten. Wenn man aus Sparsamkeitsrücksichten vorschlage, die Sitzungen nachmittags abzuhalten, dann könne man auch schließlich sagen, man wolle abends die Sitzungen abmachen. Jedenfalls ist es recht charakteristisch für den Magistrat, daß er Leute, die sich vom frühen Morgen abgearbeitet haben, als Richter heranziehen will. Wer sich abgearbeitet habe, könne die Verhandlungen zweifellos nicht mit der Aufmerksamkeit folgen, wie es notwendig ist. Im Interesse der Rechtsprechung beginne man die Sitzungen überall morgens, aber hier wolle man nun eine Ausnahme machen. Für die Ferienreise eines Magistratsbeamten bewillige man gleich einmal 1000 M. und hier bei dem Gewerbegericht wolle man sparen. — Für den Antrag stimmten ebenfalls nur unsere Parteigenossen und so weit wir übersehen konnten, nur der Stadtv. Giese.

6. Eine Anfrage unserer Genossen: „Welche Schritte hat der Magistrat gethan, um die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung betr. Verzugslohn von Baustellen auf Grund des Erbbaurechts, zur Ausführung zu bringen?" wird vom Stadtv. Albrecht begründet der bemerkt, daß bei der Erbbaurechtsvorlage der Evangelische Arbeiterverein an der Spitze stand. Dieser Verein, der als Veilchen im Verborgenen blüht und damals zu der Vorlage den ersten Anstoß gegeben haben soll, scheint seine Pflicht vergessen zu haben, sonst würde er sich jedenfalls mehr um die Sache bekümmern. Auf dem Platze, wo sich die Baustellen befinden, holen heute die Leute noch gemütlich ihre Kartoffeln heraus. Bisher ist in der Angelegenheit noch nichts geschehen, und so erscheine es vielleicht fraglich, ob in diesem Jahrhundert, das ja erst begonnen habe, noch etwas geschehen werde.

Stadtrat Schnackenburg erklärt, daß seiner Zeit beschlossen worden sei, daß die Bewerber verpflichtet wären, die Gebäude innerhalb zwei Jahren zu errichten. Der Spar- und Bauverein habe in diesem Jahre schon mit den Bauten beginnen wollen, aber die Sache sei nicht so nach Wunsch gegangen, weil bei der Vergebung des Baulandes eine Hospitalstiftung, bei der die Regierung erst um Genehmigung ersucht werden mußte, in Frage kam. Die Sache habe sich nun so weit gehoben, daß in nächster Zeit die Genehmigung der Regierung erwartet wird. Im übrigen habe man sich wohl um die kleinen Arbeiterwohnungen gekümmert und werde die Sache von der Gesundheitskommission stets beobachtet.

Stadtv. Schmidt rügt ebenfalls, daß die Angelegenheit vom Magistrat nicht besser vorbereitet und beschleunigt worden ist. Durch die Verzögerungen sei auch der Spar- und Bauverein geschädigt worden. Man möge keinen Schritt unterlassen, um die Sache in Fluß zu bringen. Stadtv. Albrecht entgegnet dem Stadtrat noch, daß er wohl wisse, daß die Bauten innerhalb zweier Jahre errichtet sein müßten. Er habe aber angenommen, daß dieser weite Termin festgesetzt sei für den Fall, daß sich bummlige Reflektanten darunter finden könnten. Auf die Gesundheitskommission möge man das Kollegium nur nicht vertrösten. Man möge lieber jetzt, wo der Arbeitsmangel vorhanden ist, mit dem Bau der kleinen Wohnungen beginnen. Bei dem Punkt 4 der Tagesordnung habe er, Redner, schon einen Antrag stellen wollen, wozu man die von der Denkmalsenthüllung übergebliebenen 56000 Mk. hätte nützlich verwenden können (Lachen). Ja, wer satt ist und genügend hat, der kann über solche Dinge wohl lachen, wer aber kein Brot hat und hungrig ist, wird ganz anders über solche Dinge denken. Er, Redner, und seine Genossen reden für die Hungrigen und nicht für die, welche in Palästen wohnen. Damit wurde die Sache als erledigt angesehen.

7. Die Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste der stimmfähigen Bürger sind von einer in voriger Sitzung gewählten Kommission geprüft worden. Der Magistrat beantragte hierzu:

Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, über die Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste der stimmfähigen Bürger gemäß §§ 20, 21 der Städteordnung und Absatz 5 des Ortsstatuts betr. Aenderung der Termine zur Auslegung der Bürgerliste vom 18. Juli 1893 Beschluß zu fassen.

Die Stimmen der unter Nr. 1 bis 42 des der Vorlage beigefügten Verzeichnisses aufgeführten Personen dürften in die gedachte Liste noch aufzunehmen sein, während die Namen der unter Nr. 43 bis 52 Aufgeführten aus den in Kolonne „Bemerkungen" angezogenen Gründen nicht zur Aufnahme gelangen können.

Der Berichterstatter, Stadtv. Dr. Keil teilt mit, daß die Kommission zu einem anderen Ergebnis gelangt sei, als der Magistrat. Ein Herr Franz Nagel sei nicht als wahlberechtigt erklärt worden, weil er erst am 18. September seine Steuern bezahlt habe. Stadtv. Krüger trat dafür ein, diesem Manne die Berechtigung zur Wahl zuzusprechen, da er krank gewesen sei, als die Steuern eingeholt wurden. Stadt. Albrecht erklärt, daß in diesem Frühjahr eine ganze Menge Personen die Staatsangehörigkeit nachgesucht haben und erst jetzt benachrichtigt worden sind, nachdem die Wählerlisten geschlossen waren. Er erlaube sich deshalb die Anfrage, ob vielleicht dabei ein Beamter nicht seine Schuldigkeit gethan habe. Der Referent Dr. Keil berichtet weiter, daß ein Herr Paul Teuschert, der Besitzer eines eigenen Zimmers ist und Kost und Logis bezahlt, wahlberechtigt sein sollte, da er einen eigenen Haushand besitze und als selbständig gelte. Das Oberverwaltungsgericht habe den Begriff „selbständig" in anderem Sinne ausgelegt. Stadtv. Albrecht weist darauf hin, daß es früher anders war und Leute, die in Schlafstellen wohnten, mit wählen konnten. Ueber den jetzigen Zustand erlaube er sich, sein Bedauern auszusprechen. Die Beschränkung der Wahlfreiheit sei auch ein Zeichen der Verjumpfung der bürgerlichen Gesellschaft. (Unruhe.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte beschäftigt man sich mit den Fällen Auerhammer, Müller 2c. Jede Zuwendung aus öffentlichen Armenmitteln gelte als Armenunterstützung. Werde ein Kind in die Klinik gebracht, und die Eltern kämen nicht für die Kosten auf, dann gelte diese Beihilfe als Armenunterstützung. Das Oberverwaltungsgericht habe sich sogar auf den Standpunkt gestellt, daß der Umstand, ob die Kosten nachher bezahlt würden oder nicht, daran nichts ändere. Die Kommission habe aber in den Fällen, wo seitens der Eltern der Patienten erklärt wurde, die Kosten zu übernehmen und die Rechnungen auch nachher bezahlt worden sind, die Wahlberechtigung anerkannt. Einem Herrn Müller, der bei seinen Eltern, die eine größere Wohnung besitzen, ein eigenes Zimmer bewohnte, wurde von der Kommission die Selbständigkeit und damit auch die Wahlberechtigung zuerkannt. Einem Herrn Auerhammer hingegen, der ebenfalls bei seinen Eltern wohnt, die aber eine nicht so große Wohnung besitzen, wurde hingegen die Wahlberechtigung aberkannt. Stadtv. Krüger trat für die Wahlberechtigung Auerhammers, der ebenfalls von seinen Eltern getrennt wohnt und schläft, ein. In der Klinik möge man bei Aufnahme der Kranken nicht nach Schema F verfahren und die betreffenden Personen auf gewisse Bestimmungen aufmerksam machen. Stadtv. Albrecht wirft die Frage auf, ob sog. verschämten Armen, die aus Stiftungen Unterstützungen bezogen haben, auch das Wahlrecht aberkannt worden ist. Der Berichterstatter Dr. Keil erklärt, daß die Kommission beschlossen habe, daß Bezüge aus Stiftungen und auch die Verabreichung von warmem Frühstück an die Schulkinder nicht als Armenunterstützung gelte.

Stadtv. Albrecht teilt mit, daß im Winter v. Js. ein Arbeiter K. erkrankte und ihm von einer Schwester als Wohlthat eine Unterstützung angeboten worden ist. Dieser Mann habe auf Grund dessen sein Wahlrecht verloren. Für solche Wohlthaten möchte man lieber danken. Einem Herrn Zenke wurde die Wahlberechtigung zuerkannt, weil er ein Zimmer besitzt. Das Gleiche einem Buchhalter Seela, der im Riebeckstift wohnt. Jeder, der im Riebeckstift wohnt, habe Anrecht auf ein bestimmtes Zimmer. Es wurde ein Antrag angenommen, daß in Zukunft alle Insassen des Riebeckstifts in die Wählerliste aufgenommen werden sollen. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen der Kommission zu, wonach von 52 Einsprucherhobenen 46 die Wahlberechtigung zuerkannt wurde.

8. Die Entlastung der Rechnung des Gleichensteiner Wasserwerks für 1900 wird erteilt.

Eine Erklärung, die vom Stadtv. Richter nach der Beendigung der öffentlichen Sitzung abgegeben wird, bezieht sich auf Mitteilungen Richters in der vorigen Sitzung über Pflasterungen der Prinzenstraße. Die Stadt habe bei den damaligen Pflasterungen keine Verluste, was er, Redner, im Interesse des Stadtbaumates gern richtig stellen möchte.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Stadtv. Albrecht, den Absatz 24 der Geschäftsordnung für das Kollegium abzuändern, damit Interpellationen nach der Beantwortung auch diskutiert werden können, ohne einen Majoritätsbeschluß des Kollegiums herbeizuführen. Der Vorsteher bezweifelt, ob es zweckmäßig sei, es von der Entscheidung eines einzelnen Stadtverordneten abhängig zu machen, größere Diskussionen herbeizuführen. Dieses würde Schwierigkeiten hervorrufen, zumal die Zeit des Kollegiums sehr bemessen sei. Er, der Vorsteher, wolle die Angelegenheit aber zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung bringen. — Darauf geschlossene Sitzung.

Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung für die hiesigen städtischen Arbeiter.

II.

Bisher wurde mit den städtischen Arbeitern vielfach wie in der Privatindustrie verfahren. Wurden sie älter und konnten nicht mehr so viel leisten, wie in ihren jüngeren Jahren, so entließ man sie einfach; man betrachtete auch die städtischen Arbeiter als Ware, die nach ihrer Beschaffenheit bezahlt und dementsprechend behandelt werden müßte. Eventuell ließ man sich so weit herab und bewilligte den alten invaliden Arbeitern nach langem Bitten und Betteln eine minimale Unterstützung. Solche Almosen müssen aber einerseits den städtischen Arbeiter tief in seiner Ehre kränken und andererseits waren sie vielfach mit dem Verlust von bürgerlichen Rechten verknüpft. Manches ungerechte Vorkommnis betreffs der Entlassung von nicht mehr ganz leistungsfähigen Arbeitern mag auf das Konto der einzelnen Verwaltungen zu setzen und gar nicht zu Ohren des Magistrats gekommen sein. Doch ist dieser trotzdem von aller Schuld nicht freizusprechen, indem er seiner Zeit mit allen erdenklichen Mitteln an der Vernichtung der jungen Organisation der städtischen Arbeiter thätig war.

Wenn nun auch unser Magistrat eine gerechtere Regelung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter schaffen will, so muß doch betont werden, daß die von ihm unterbreitete Vorlage in vielen Punkten sehr, sehr verbesserungsbedürftig ist und hinter den bezüglichen Bestimmungen anderer Orte erheblich zurückbleibt.

Nach 10jähriger Thätigkeit soll den städtischen Arbeitern ein Ruhegehalt und im Todesfalle den Hinterbliebenen derselben ein Witwen- und Waisengeld bewilligt werden. Jedoch steht nach § 2 der Vorlage den städtischen Arbeitern und deren Hinterbliebenen ein klagbares Recht auf Ruhegeld 2c. nicht zu, sondern es entscheidet vielmehr der Magistrat frei und endgiltig darüber. — Es ist nun gar nicht einzusehen, weshalb man den Arbeitern kein klagbares Recht auf Versorgung gewähren will. Die Beamten besitzen bekanntlich solche Rechte. Wirklich stichhaltige Gründe für eine verschiedene Behandlung altgedienter Arbeiter und altgedienter Beamten in diesem Punkte lassen sich gar nicht beibringen. Man wird vielleicht einwenden, daß die meisten anderen Orte ihren Arbeitern auch kein klagbares Recht auf Versorgung bisher gewährt haben. Das ist leider zutreffend. Muß denn aber Halle nun unter allen Umständen dieses auch thun?! Halle steht betreffs seiner kommunalen Sozialpolitik nicht gerade in einem besonders guten Rufe. Könnte es in der fraglichen Sache das Versäumte nicht wenigstens einigermaßen nachholen, indem es hierin wenigstens einmal vorbildlich vorginge und nicht immer erst nachhinkt?!

Wenn nun aber der Magistrat unter keinen Umständen den städtischen Arbeitern ein klagbares Recht auf Versorgung gewähren will, so muß wenigstens auf andere Weise eine gewisse Garantie dafür geschaffen werden, daß auch die städtischen Arbeiter und deren Hinterbliebenen wirklich in Besitz ihrer versprochenen Renten gelangen. — Als im Oktober des vergangenen Jahres der Berliner Magistrat dem Stadtverordneten-Kollegium eine Vorlage betreffs der Pensionsberechtigung der städtischen Arbeiter unterbreitete, beabsichtigte auch er das letzte, endgiltige Wort in der Gewährung von Ruhegeldern 2c. zu sprechen. Das Berliner Stadtverordneten-Kollegium bestand aber erfreulicherweise darauf, daß der Magistrat ihm davon Mitteilung machen muß, falls er einem Arbeiter die Rente versagen will. Der Berliner Magistrat stimmte dann auch nach längerem Sträuben dem bezüglichen Beschluß des Stadtverordneten-Kollegiums zu. — Durch diese Bestimmung (§ 11 des Berliner Reglements) ist den Arbeitern ohne Zweifel eine größere Sicherheit dafür geboten, daß sie auch einst in den Besitz der Rente resp. deren Hinterbliebenen in Besitz der Witwen- und Waisengelder gelangen werden. Die oberen städtischen Verwaltungsorgane müssen, hierdurch veranlaßt, die fraglichen Bestimmungen auch wirklich zur Durchführung bringen, was sonst vielleicht hin und wieder — bezügliche traurige Erfahrungen aus anderen Orten liegen vor — nicht geschehen könnte. — Auch das Charlottenburger Reglement enthält in seinem § 1 dieselbe Bestimmung. — Aus diesen Gründen ist es also notwendig, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage einer Korrektur unterzieht.

Nach der Vorlage will ferner der Magistrat das Recht haben, die schon bewilligte Rente zu widerrufen. In Berlin muß der Magistrat in diesem Falle die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung einholen.

Weiter muß getadelt werden, daß die Vorlage nicht auch auf städtische Arbeiter Bezug nimmt, die bereits mehrmals in städtischen Betrieben beschäftigt waren und wegen Arbeitsmangel entlassen wurden. In den Gaswerken wird z. B. regelmäßig im Herbst eine größere Zahl von Arbeitern eingestellt, die im Frühjahr wegen beschränkter Produktion wieder gehen muß. Diese Leute arbeiten aber vielfach Jahre für Jahr in den Wintermonaten auf den Gaswerken. Sie würden nun nach der Vorlage nie eine Anwartschaft auf Versorgung erlangen, da nach dem § 3 die Anwartschaft bei Entlassungen erlischt.

Das Berliner Reglement enthält dieserhalb in § 2 folgende Bestimmung:

„Denjenigen Personen, welche wegen Mangel an Beschäftigung entlassen worden sind, wird auf ihren Antrag bei künftiger Wiedereinstellung in dem gleichen städtischen Betriebe die bisherige Arbeitszeit in Anrechnung gebracht, falls die Arbeitsunterbrechung nicht länger als 1 Jahr gedauert hat."

Ferner besagt die Vorlage, daß die Höhe der Versorgung für die Arbeiter in festem Lohn nach dem Arbeitsverdienst bemessen wird, den der Arbeiter im letzten Haushaltungs-Jahre bezog. Auch diese Bestimmung können wir nicht für richtig befinden.

Es kommt in städtischen Betrieben sehr oft vor, ja ist vielfach Regel, daß die älteren nicht mehr vollwertigen Arbeiter, nachdem sie erheblich an ihrer Arbeitskraft eingebüßt haben, mit leichteren Arbeiten beschäftigt werden, die man ganz minimal bezahlt. Ist nun der letzte Jahresverdienst maßgebend für die Höhe der Rente, so werden wohl die meisten Arbeiter und Bediensteten nur in den Besitz eines ganz ungenügenden Ruhegeldes gelangen. Die Verwaltungen werden, um an Rente zu sparen, die älteren Arbeiter mit schlecht bezahlten Diensten beschäftigen. Daß man dieses sogar schon jetzt beabsichtigt, scheint uns der § 10 der Vorlage zu besagen, nach dem der Magistrat sich es ausdrücklich vorbehält, die Arbeiter auch mit anderen Diensten zu beschäftigen, als zu denen sie seiner Zeit engagiert wurden. Das Berliner Reglement bestimmt denn z. B. auch, daß die Höhe der Rente nach dem Arbeitsverdienst der letzten 5 Kalenderjahre berechnet wird. — Zwar besagt der § 5 der Vorlage folgendes: „Ist der Arbeitsverdienst des letzten Haushaltungs-Jahres infolge von Altersschwäche, Krankheit oder ähnlicher Ursachen niedriger als in den Vorjahren gewesen, so kommt der für gleichartige Bedienstete bei voller Arbeitskraft übliche Verdienst in Ansatz." Diese Bestimmung scheint uns aber ziemlich unklar und verschieden auslegungsfähig. Ohne Zweifel sind die Bestimmungen des Berliner Reglements klarer und präziser. — Auch will der Magistrat den Wert von Naturalbezügen, Dienstwohnungen, Ueberstunden 2c. außer Berechnung lassen. Wir finden das als äußerst ungerecht, da es sich hierbei oft um nicht unbedeutende Summen handeln kann. — Die Berliner Bestimmungen lauten da folgendermaßen:

„Der Wert einer Dienstwohnung und von Naturalbezügen wird vom Magistrat besonders festgesetzt und bei der Berechnung des Rentengeldes neben den Barbezügen berücksichtigt. Das Ruhegeld soll nach 10jähriger Dienstzeit 25 Proz. (15/60) des Arbeitsverdienstes betragen und jährlich um 1/60 bis zum Höchstbetrage von 66⅔ Proz. (40/60), jedoch nicht über 600 Mk. jährlich steigen, wie in einer der Vorlage beigegebenen Tabelle festgelegt ist. Auch in dieser Bestimmung bleibt die Vorlage hinter anderen Orten zurück.

Berlin, Breslau, Charlottenburg, Frankfurt a. M. 2c. haben als Höchstbetrag 75 Proz. (45/60) des Arbeitsverdienstes ohne bestimmte Begrenzung festgelegt.

Weiter fehlt in der Vorlage eine Bestimmung betreffs eventueller Wartegelder. Zwar heißt es in § 2 der Vorlage, daß Personen, welche bereits eine Anwartschaft auf Versorgung erworben haben, also nach zehnjähriger Dienstzeit, nicht mehr von den einzelnen Verwaltungen ohne weiteres entlassen werden können, sondern nur auf Grund eines Magistratsbeschlusses. Die Möglichkeit der Entlassung liegt aber auch dann vor und daher ist es nicht ausgeschlossen, daß der Magistrat Arbeiter und Bedienstete, die z. B. durch Eingehen oder Umänderung eines Betriebes überflüssig werden, einfach entläßt. Demnach müßte die Vorlage eine Bestimmung enthalten, nach der Personen, welche eine bestimmte Reihe von Jahren im Dienste der Stadt gestanden haben, und die aus Gründen gekündigt werden, welche nicht in ihrer Person liegen, Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung erhalten, wenn ihnen eine ihren Kräften entsprechende Beschäftigung in einer anderen städtischen Verwaltung nicht gegeben werden kann und sie noch arbeitsfähig sind. — Das Berliner Reglement bestimmt, daß in diesem Falle die fraglichen Personen nach fünfzehnjähriger Thätigkeit die Hälfte des Ruhegeldes resp. der Hinterbliebenen-Versorgung erhalten sollen.

Auch die Witwen und Waisen sind in der Vorlage schlechter gestellt, als in anderen Städten. In Berlin, Charlottenburg, Mannheim 2c. erhalten die Witwen verstorbener städtischer Arbeiter auf 1—3 Monate nach dem Tode das volle Ruhegeld, welches der Verstorbene erhalten haben würde, oder Relikten-verdoppelung.

Die Berliner Bestimmungen lauten:

„Während der ersten zwei Monate nach dem Tode werden die Relktenbezüge verdoppelt."

Es sind diese Bestimmungen eine Anlehnung an das sogenannte Gnadenquartal der Beamten. — Der § 7 der Vorlage besagt, daß Witwen und Waisen keine Bezüge erhalten, wenn die hinterbliebene Ehefrau noch nicht 3 Monate mit dem Verstorbenen verheiratet war. Auch diese Bestimmung können wir nicht für richtig befinden; sie ist auch z. B. in Berlin nicht vorhanden. Ferner sollen Waisen nur bis zum 15. Lebensjahre Waisengelder bekommen. Mit dem 15. Lebensjahre verdienen aber die Kinder noch lange nicht so viel, um sich selbständig ernähren zu können. Daher müßten Waisengelder bis zum 17. oder 18. Lebensjahre gezahlt werden. — Außerdem würden nach der Vorlage uneheliche Kinder kein Waisengeld erhalten. In Berlin wird auch den Kindern einer in städtischen Diensten voll beschäftigten, alleinstehenden weiblichen Person nach dem Tode derselben Waisengeld gewährt.

Ferner will die Vorlage den Ruhegeld-, Witwen- und Waisengeldempfängern sämtliche Bezüge in Abzug bringen, die sie aus Mitteln des Reichs oder anderer staatlicher oder kommunaler Verbände, sowie die auf Grund der Reichsgesetze über Arbeiterfürsorge (Unfall-, Invaliditäts-Versicherung 2c.) eventuell beziehen. In Berlin dagegen tritt für die Ruhegeldempfänger nur dann eine Kürzung ein, wenn die Rente mit dem Ruhegeld zusammen den 7½fachen Grundbetrag der Rente (§ 36, Absatz 2 und 3 des Invalidenversicherungs-Gesetzes) übersteigt und beim Zusammentreffen mit den anderen Bezügen nur dann, wenn und so weit diese Bezüge mit dem Ruhegeld den Durchschnitts-Arbeitsverdienst übersteigen.

Während weiter an vielen Orten das Ruhe-, Witwen- und Waisengeld monatlich im voraus gezahlt wird, will es die Vorlage erst monatlich nachträglich zahlen. —

Herr Bürgermeister von Holly sagt in der Vorlage: Ich halte es für dringend wünschenswert, daß Halle nicht im Rückstande bleibt." Wie aber unsere Ausführungen beweisen, ist die Vorlage hinter den Bestimmungen anderer Städte ganz erheblich zurückgeblieben.

Hoffentlich erfährt sie noch eine entsprechende Verbesserung und entschließt sich das Stadtverordneten-Kollegium mindestens das zu schaffen, was man in Berlin usw. bereits den städtischen Arbeitern gewährt hat.

Anderseits wäre es aber notwendig, daß die interessierten hiesigen städtischen Arbeiter sich selber aufraffen, zu der Vorlage Stellung nehmen und sich eine starke gewerkschaftliche Organisation schaffen, um ihren Wünschen auch den nötigen Nachdruck verleihen zu können.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 1. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung

hatte eine zwar kurze, aber inhaltreiche Tagesordnung zu erledigen. Einige, von unseren Genossen schon vor acht Tagen gestellte Anträge kamen zur Beratung und füllten den größten Teil der Sitzung aus. Die erste Anfrage galt der zur Denkmalseinweihung verbrauchten Summe. Schon gestern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0006

nachmittag waren die bürgerlichen Blätter durch eine entsprechende Notiz von der Höhe des Betrages in Kenntnis gesetzt worden, welcher von den 70000 Mark genommen war. Herr Oberbürgermeister Staude erklärte gestern ausnahmsweise die Anfrage unserer Genossen für berechtigt. Man erfuhr von ihm, daß uns die Denkmalseinweihung 13850 Mk. gekostet hat, ein verhältnismäßig minimaler Betrag, aber immerhin besser angebracht zu anderen Zwecken. Aufsehen erregte seine Mitteilung, daß die übrig gebliebene Summe bereits wieder zur Disposition gestellt sei. Ob zu dem versprochenen Kaiserbesuch, darüber ließ sich Herr Staude nicht aus. Er erklärte nur betrübten Herzens, daß man es sorgenvoll aufgenommen habe, daß der Kaiser nicht gekommen sei. Wenn die Hallesche Bevölkerung keine größeren Sorgen hat, dann steht es um ihr Wohlbefinden nicht zum schlechtesten. Von einer Verwendung der 56000 Mark etwa zu Wohnungszwecken oder zur Linderung der Arbeitslosigkeit im Winter wollte man nichts wissen. Eine dahingehende Bemerkung unseres Gen. Albrecht nahm die Mehrheit mit Murren und Lachen auf. Von einer Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation sah man, wie in den meisten Fällen, ab. Mit diesem bequemen Mittel hält man sich die unbequemen sozialdemokratischen Störenfriede vom Halse.

Ein Antrag unserer Genossen betraf alsdann die Erhöhung der Entschädigung für die Gewerbegerichtsbeisitzer von 3 auf 4 Mk. Nicht einmal die Kosten für diese kleine Erhöhung wollte man tragen und unser Magistrat ist auf ein schlaues Manöver verfallen, um dem Antrag unserer Genossen ein sicheres Begräbnis bereiten zu können. Die Sitzungen sollen nachmittags abgehalten werden. Was wird die Folge sein? Die Beisitzer werden mitunter bis in den Abend hinein sitzen und die wenige freie Zeit, die ihnen außerhalb ihrer Berufstätigkeit zur Verfügung steht, auch noch dafür opfern müssen. Das geniert jedoch unsern Magistrat nicht; für Gewerbegerichtsbeisitzer hat er keine 150 Mark übrig. Merkwürdig nur, daß er diese Knauserigkeit niemals anwendet, wenn es sich um Repräsentationszwecke oder ähnliche Dinge handelt.

Schließlich interpellierten unsere Genossen den Magistrat noch über das Erbbaurecht bezw. welche Fortschritte die Beschaffung von Wohnungen auf Grund des Erbbaurechts gemacht habe. Und da zeigte es sich allerdings, daß die mit so großem Tamtam hinausgeschriene „Abhilfe der Wohnungsnot" arg ins Stocken geraten ist. Weder sind die entsprechenden Pläne gemacht, noch sonstige Vorarbeiten für die baldige Inangriffnahme der Bauten vollzogen werden. Wenn die Wohnungsnot dadurch gehoben werden soll, dann darf man sich das Warten nicht verdrießen lassen. Man gewann bei der Erklärung des Herrn Schnackenburg den Eindruck, als wäre es dem Magistrat seiner Zeit nur darum zu thun gewesen, die Genehmigung zur Anwendung des Erbbaurechts in der Tasche zu haben, um ständig darauf verweisen zu können, daß die Stadtverwaltung ja die Initiative in der Wohnungsfrage ergriffen habe. Die Ausführung der Bauten habe Zeit. Deshalb war auch Herr Schnackenburg etwas verblüfft, als er vom Genossen Albrecht darauf aufmerksam gemacht wurde, daß auf den Baustellen noch lustig Kartoffelernte gehalten werde.

Beim Punkte 7, die Einwände gegen die Liste zur Stadtverordnetenwahl, wurde die Erörterung zwischen dem Referenten der betr. Kommission und unseren Genossen in der Hauptsache auf die Begriffsfeststellung konzentriert, welche Unterstützung aus städtischen Mitteln den Verlust des Wahlrechts zur Folge habe. In einem Schreiben an den 3. kommunalen Bezirksverein hat der Magistrat erklärt:

„Als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne des § 5 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 sind sämtliche von der Armen-Verwaltung gewährte Unterstützungen an Geld und Naturalien anzusehen. Zu letzteren gehören auch die von den Armenpflegern an Bedürftige verabfolgten Brot- und Kohlenanweisungen."

Darnach ist der Rechtslosmachung der Unterstützungsempfänger fast keine Grenze gezogen. Vernünftigerweise stellte sich die Kommission nicht auf den reaktionären Standpunkt des Magistrats, sondern ließ durch ihren Referenten ausdrücklich erklären, daß Bezüge aus Stiftungen und die Verabreichung von warmem Frühstück an bedürftige Schulkinder die Entziehung des Wahlrechts zur Stadtverordnetenwahl nicht zur Folge habe. Man sollte meinen, daß das selbstverständlich sei, wer aber unseren Magistrat kennt, der weiß, daß die selbstverständlichsten Dinge bei ihm fast immer reaktionäre Tendenz bekommen. „Der Kerl, der nichts ist und nichts hat, braucht auch kein Wahlrecht." Das ist der Grundton des Kommunalwahlrechts und auch unseres Magistrats.

Herr Staude als berühmter Mann.

Die Kommunale Praxis erwähnt in ihrer neuesten Nummer den Ausspruch des Oberbürgermeisters Staude bei Beratung der sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung der Streikklausel usw. Herr Staude erklärte damals: „Es wäre himmelschreiend, wenn die Anträge gutgeheißen würden." Die Kommunale Praxis bemerkt dazu: „Der Oberbürgermeister Staude wird durch solche Aussprüche bald ein berühmter Mann werden." — In seiner Art hat Herr Staude bereits jetzt ein gewisses Maß von Berühmtheit erlangt, und es ist wenig höflich von der Kommun. Praxis, ihm das abzustreiten.

Zur Gewerbegerichtswahl.

Das im Volksblatt gestern bekannt gegebene Ergebnis der Gewerbegerichtswahl könnte die Meinung aufkommen lassen, bei Wahl der Arbeiterbeisitzer habe eine beträchtliche Stimmenzersplitterung gegen den Willen des Gewerkschaftskartells, von dem die Kandidaten diesmal aufgestellt waren, stattgefunden. Dem ist, wie uns vom Vorstand des Gewerkschaftskartells mitgeteilt wird, nicht so. Nach Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 12. September sind vielmehr neben der Liste mit den 19 von der Versammlung anerkannten Kandidaten noch 274 Listen verausgabt worden, auf denen die letzten sechs Namen der Hauptliste durch andere ersetzt waren. Diese Maßregel wurde ergriffen, um für den Fall gerüstet zu sein, daß der eine oder der andere der gewählten Beisitzer sein Amt nicht antreten könne. Addiert man die 274 für die sechs Ersatzkandidaten abgegebenen Stimmen zu den 2655 Stimmen, die auf die sechs letzten Kandidaten der Hauptliste abgegeben worden sind, so ergeben sich 2939 Stimmen, also die Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmzettel. Die Liste des Gewerkschaftskartells ist somit fast einstimmig und unverändert abgegeben worden. Nur dem Kandidaten der Buchdrucker-Gewerkschaft, dem Genossen Büttner, fehlen 38 Stimmen. Vermutlich haben so viele Verbandsbuchdrucker Büttners Namen gestrichen; doch nur zehn derselben haben an seiner Stelle den als Ersatzkandidaten mit aufgestellten Genossen Kresse gewählt, so daß dieser nicht bloß 274 Stimmen erhalten hat, wie die anderen Ersatzkandidaten, sondern 284. Abgesehen von diesem einen Falle differieren die Stimmen nur auf 7 der 2939 Stimmlisten, und zwar um eine und zwei Stimmen in je einem Falle und um vier Stimmen im dritten Falle. Treten bei 2940 abgegebenen Stimmlisten nur so verschwindende Unterschiede zu Tage, so ist das ein Beweis größter Einmütigkeit, die allerdings bei unseren Wahlen als selbstverständlich muß vorausgesetzt werden können.

---

* **Ueber die Gefahren des Zolltarifentwurfes** spricht in „liberalen Wählerversammlungen" der Reichstagsabgeordnete Rektor Kopsch-Berlin. Heute, Dienstag, findet eine Versammlung in den Kaiserfälen, morgen in Könnern im Schützenhaus statt. Wir begreifen nicht, warum die hiesigen Liberalen die Protestversammlungen gegen den Brotwucher in „liberale Wählerversammlungen" umwandeln. Sie hätten alle Veranlassung, der Protestbewegung keine Schranken zu setzen und jeden willkommen zu heißen, der sich gegen den Brotwucher erklärt.

B. **Erhängt** vorgefunden wurde am Sonntag im hiesigen Gerichtsgefängnis der Arbeiter Franke von hier. Jedenfalls dürfte Furcht vor der zu erwartenden Strafe die Ursache sein.

B. **Gestohlene Bücher.** Bei einer hiesigen Familie hatte sich vor einiger Zeit ein junger Mann, nach eigener Angabe ein „Studierender", eingemietet. In den letzten Tagen ist nun dieser angebliche „Jünger der Wissenschaft" verschwunden und mit ihm ein Teil teurer Bücher, welche er in einer hiesigen Buchhandlung auch schon teils verkauft hat.

* **Einen kleinen Straßenauflauf** vor der Polizeiwache am Marktplatz veranlaßte gestern abend in der achten Stunde ein schreiender, kaum im schulpflichtigen Alter stehender Knabe. Von den Umstehenden wurde erzählt, daß ein Mann, der als Lehrer erkannt worden sei, mehrere Kinder in der Nähe des Schlammes geschlagen habe. Der angebliche Lehrer war von einem Schutzmann nach der Wache sistiert worden.

* **Auszeichnung.** Auf der internationalen Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen in Berlin wurde den von der Singer Kn. Nähmaschinen Aktien-Gesellschaft ausgestellten Maschinen der höchste Preis, die vom Ministerium des Innern gestiftete goldene Medaille, zuerkannt.

* **Stadt-Theater.** Viel Lärm um nichts, das entzückende Lustspiel Shakespeares, geht als 2. Vorstellung des Zyklus am Mittwoch in Szene. Der Darstellung ist die erfolgreiche Bearbeitung Holteis zu Grunde gelegt, welche sich bis heutigen Tages als die praktischste Bühneneinrichtung erwiesen hat. Ohne der Dichtung irgendwie Gewalt anzuthun, ist der wenig wechselnde Schauplatz verwunden und nur ein dreimaliger Szenenwechsel erforderlich. Die Vorstellung findet außer Farben-Abonnement statt, doch haben sämtliche Beamtenkarten Giltigkeit. — Für Donnerstag ist die komische Oper Zar und Zimmermann angesetzt.

* **Welt-Panorama** (Große Ulrichstraße 61). Für ein billiges Geld bietet das Panorama in dieser Woche Gelegenheit, eine Reise per Dampfschiff auf der Elbe von Dresden bis Aussig zu machen, nachdem man vom Hauptbahnhof aus eine kleine Wanderung durch die Stadt bis zu einer der Dampferstationen gemacht. Wenn man auf dem Deck eines der großen Raddampfer Platz genommen, hat man den Genuß, in angenehm ruhiger Fahrt die herrlichen Uferpartien des Elbstromes an seinem Auge vorüberziehen zu sehen. Loschwitz, Pillnitz, Pirna, Wehlen, die Bastei, der Lilienstein, der Königstein, der Rosenkamm, Tetschen u. s. w., alles, was die Elbufer Interessantes bieten, ist den Teilnehmern an dieser Fahrt geboten für nur 25 resp. 20 Pfg. Billiger kann füglich eine Wasserfahrt durch die Sächsische Schweiz nicht gemacht werden. — Nächste Woche die Nordsee (Wilhelmshaven, Jever, Borkum, Norderney, Langeroog 2c.).

Bezirkstag

für den Regierungsbezirk Merseburg.

Der unterzeichnete Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merseburg beruft hiermit den diesjährigen Bezirkstag auf

Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 11 Uhr

nach **Halle** ein. Als vorläufige Tagesordnung habe ich festgesetzt:

1. Bericht der Bezirks-Agitations-Kommission.
2. Festsetzung der künftigen Befugnisse derselben.
3. Unsere Presse und wie sichern wir derselben eine größere Verbreitung.
4. Die einheitliche Gestaltung der Agitation.
5. Die bevorstehenden Kommunalwahlen.
6. Die Landtagswahlen.
7. Der praktische Vertrieb des Volkskalenders.
8. Anträge.

Die Vertrauensleute der einzelnen Wahlkreise werden darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge, welche auf dem Bezirkstage zur Verhandlung kommen sollen, schon jetzt bei mir eingereicht werden können.

Das Tagungslokal wird noch bekannt gegeben.

Einer zahlreichen Beschickung des Bezirkstages sieht entgegen

Das Agitationskomitee:
J. A.: Karl Reiwand, Göbenstraße 23.

---

o. **Zeitz.** Sie hat ausgelitten, nämlich die Provinzial-Zeitung, wie wir das schon vor einigen Wochen andeuteten. Am Sonnabend bringt sie in ihrer letzten Nummer einen Weherruf, in dem sie sich beklagt, daß sie seit 28 Jahren Treue zu Kaiser und Reich, zu Thron und Altar gepredigt habe, daß sie aber trotzdem mehr und mehr herabgesunken sei. Dazu sei noch gekommen, daß früher einmal einer ihrer Redakteure sich durch seine freie Schreibweise die Gunst der Behörden 2c. verscherzt habe. Ferner haben die scharfen politischen Gegensätze in Zeitz ihre Entwickelung verhindert.

Daß die Provinzial-Zeitung eingehen mußte, das war jedem klar, der den geringen Abonnentenstand wußte. Wandlungen hat die Provinzial-Zeitung genug durchgemacht, um sich über Wasser zu halten; es hat aber alles nichts genutzt. Noch vor einigen Jahren verschrieb sie sich dem Antisemitismus in die Arme und hoffte dadurch namentlich der Sozialdemokratie Leser abzugewinnen — es gelang ihr nicht. Der Antisemitismus ging pleite, ihm ist jetzt sein Organ nachgefolgt. Beachtenswert allerdings — nicht für uns, die wir die Verhältnisse kennen — ist die Bemerkung der Provinzial-Zeitung, daß sie durch freie Schreibweise sich die Gunst der Behörden verscherzte. Vielleicht soll das gleich ein Stich für die noch bestehenden Zeitzer Zeitungen sein, daß sie sich nur des Wohlwollens der Behörden erfreuen, weil sie immer hübsch sanft und folgsam waren. Wenn die Arbeiterschaft sich erst vollständig ihrer Klassenlage bewußt geworden ist und dann entsprechend handelt, dann wird wohl noch manches Blatt der Provinzial-Zeitung nachfolgen. Leider wissen heute noch sehr viele Arbeiter nicht, was sie zu thun und zu lassen haben.

o. **Zeitz.** Bahnunfall. Am Sonnabend vormittag wurde auf der Straße nach Grana bei der Grube Hermann ein Wagen von dem Hamburger Zuge angefahren und zertrümmert. Der Kutscher und die Pferde kamen glücklich davon. Wundern muß man sich, daß an diesem Uebergang, der genug befahren und begangen wird, keine Schranken angebracht sind, vielleicht geschieht das auch erst, wenn noch schwereres Unglück vorgekommen ist.

△ **Wildschütz** b. Denben. Auf der Grube Hedwig wurde dem Arbeiter Kretschu, der auf dem Förderturm beschäftigt ist, beim Fortziehen der Wagen ein Finger abgequetscht.

r. **Streckau.** Der hiesige Gasthof Glück auf ist von Herrn Gastwirt Franz Zausch aus Osterfeld käuflich erworben worden. Der Gasthof kostete 44000 Mark.

k. **Theißen.** Auf der Grube Kamerad kamen zwei Bergleute in Schlägerei, wobei der eine derartige Verletzungen erlitt, daß er nach dem Bergmannstroft in Halle geschafft werden mußte. Es ist sehr bedauerlich, daß Arbeiter sich zu solchen Roheiten hinreißen lassen. Sie hätten gerade Grund genug, unter sich einig zu sein, denn die Gegner benutzen nur die Uneinigkeit der Arbeiter zu deren größerer Ausbeutung.

Naumburg. Der Gendarmenmord in Querfurt. Der seit längerer Zeit hier in Haft befindliche Arbeiter Holschke, der verdächtig ist, den pensionierten Gendarmen Bopel in Querfurt ermordet zu haben, soll nach Mitteilung des Querfurter Kreisblattes am Freitag jenen Mord eingestanden haben.

Heiligenstadt. Eine große Feuersbrunst wütete am Sonntag hier. Bis abends waren fünfzehn Gebäude abgebrannt, in denen meist arme Leute wohnten. Das Elend ist groß.

Schkölen. Ein „glänzender" Bankerott ist der des hiesigen Etuisfabrikanten Zipfel. Die Schulden betragen 44000 Mark, das Vermögen aber nur 486 Mark. Da nur 418 Mark Schulden Anrecht auf volle Befriedigung haben, und auch noch Gerichtskosten zu bezahlen sind, so bleibt für die sonstigen Gläubiger gar nichts übrig.

L. **Wittenberg.** Wegen Unterschlagung ist am 6. Juni von der hiesigen Strafkammer der Konditor Hermann Hinte zu Strafe verurteilt worden. — In seiner Revision beschwerte er sich darüber, daß keine Vorunterfuchung stattgefunden hat und daß ihm eine Ladung zur Hauptverhandlung nicht zugestellt worden ist. — Da der Angeklagte i. J. keinen Antrag auf Eröffnung einer Vorunterfuchung gestellt und in der Hauptverhandlung die Nichtinnehaltung der Frist für die Hauptverhandlung nicht gerügt hatte, so lag jetzt für ihn kein Grund zur Beschwerde vor; das Reichsgericht erkannte deshalb auf Verwerfung der Revision.

Thale a. H. Attentat auf einen Gemeindevorsteher. Ein Halbinvalide Namens Otto Bitzmann gab am Sonnabend nachmittag auf den hiesigen Gemeindevorsteher Siebert in der Hubertusstraße vier Revolverschüsse ab, denen der Schwerverletzte, als man ihn nach Halberstadt bringen wollte, in Wegeleben erlag. Bitzmann wurde am Sonntag früh in Blankenburg verhaftet. Er war wegen hochgradiger Nervosität aus dem Militärdienst entlassen worden und gilt als geistig nicht normal. Nachdem er einige Zeit als Nachtwachtmann hier angestellt war, mußte er wegen Vernachlässigung seines Dienstes entlassen werden; seinen wiederholten Gesuchen um anderweitige Beschäftigung im Gemeindedienst konnte man nicht Folge geben. In blindem Haß auf den Gemeindevorsteher bedrohte er diesen und äußerte wiederholt, daß er sich an ihm rächen werde. Nachdem er reichlich Schnaps zu sich genommen, führte er nun am Sonnabend nachmittag seinen Anschlag aus.

⊙ **Querfurt.** Die Kartoffelernte, welche jetzt im vollen Gange ist, liefert dieses Jahr einen so reichen Ertrag, wie sonst selten. Auch qualitativ ist die Kartoffel sehr gut geraten. Der Preis für Speisekartoffeln ist binnen einer Woche von M. 2.— auf M. 1.65 gesunken, Futterkartoffeln werden mit M. —.80 offeriert.

⊙ **Querfurt.** Arbeiterrisiko. Der bei dem hiesigen Kohlenhändler E. L. Schmidt beschäftigte Geschirrführer Eisenschmidt verunglückte auf schwere Art. Dem bedauernswerten Manne wurde von der Deichsel seines Geschirres der Brustkorb eingedrückt. Ob der Mann von seinem Lohne, 15 Mark pro Woche, Ersparnisse gemacht hat, damit seine Familie jetzt nicht Not leidet, ist mehr als fraglich.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Der Bahnwärter Rothe in Libehna wurde von einer Lokomotive überfahren und schrecklich zugerichtet. Er hatte einen Bruch des Schädels, eine Zerreißung der Lungen sowie Brüche der Arme und der Beine erlitten. Trotzdem kam er noch lebend in der Halleschen Klinik an, wo er in der folgenden Nacht starb. — Beim Kartoffelesinfahren fiel in Klepzig der 4jährige Arbeitersohn Bergmann aus der Schoßkelle des Wagens und wurde überfahren. Die Räder gingen ihm über den Unterleib und die Oberschenkel. — Bei einer Schlägerei in Halberstadt wurde der Arbeiter Thelock von einem anderen Arbeiter totgestochen. — Erhängt hat sich in Burgörner-Neudorf der 58jährige Schlosser Drehmann. — Verhaftet und dem Delitzscher Amtsgericht zugeführt wurde der 21jährige Gutsbesitzersohn Th. aus Seelhausen, gegen welchen der begründete Verdacht vorliegt, mit seiner eigenen etwas jüngeren Schwester in geschlechtlichem Verkehr gestanden zu haben. Das verbrecherische Thun der beiden ist nicht ohne Folgen geblieben; die versuchte Beseitigung dieser Folgen führte zur Entdeckung. — In Schortleben ist die Leiche eines unbekannten Mannes aus der Saale gezogen worden.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 30. September.

Kindesmord. Als Angeklagte wurde heute aus der Untersuchungshaft vorgeführt die bisher unbestrafte 20jährige Dienstmagd Bertha Martha Mathey aus Wolsen. Die Anklage legt ihr zur Last, in der Nacht vom 7. zum 8. September d. J. in Greppin als Mutter ihr eigenes Kind gleich in oder nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Die Angeklagte erbrach sich eines guten Leumundes. Sie hatte mit einem Arbeiter, der sie auch heiraten wollte, ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben. Jetzt nach der That hat sich aber ihr Geliebter von ihr zurückgezogen und es abgelehnt, sie zu heiraten. Bei der Geburt will die Angeklagte nicht gemerkt haben, daß das Kind lebte. Es wurde in einen Landgraben geworfen und dort im Wasser eingewickelt vorgefunden. Der geladene Sachverständige bekundet, daß das Kind geatmet und gelebt habe und der Tod durch Erstickung eingetreten sei. Die Angeklagte bereute ihre That. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und führte zu dem Ergebnis, daß die Angeklagte wegen Kindesmordes unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Strafkammer.

Wegen versuchter Erpressung war der Schmied Eduard Dömel aus Bitterfeld angeklagt. Er hatte sich Anfang Mai d. J. in Bitterfeld von dem Händler Komplotzky ein Paar Stiefel, 11 Mk. wert, gekauft, dieselben nicht bezahlt und dann, als K. ihn in anständiger Weise mahnte, demselben mit einer Anzeige wegen Gewerbevergehens gedroht. Er sandte den Mahnbrief zurück und bemerkte, daß aus demselben „kein Schwein" geschreit werde. Er spielte auch noch den Gekränkten, fühlte sich beleidigt und wies darauf hin, daß die Sache gegen K. ein gerichtliches Nachspiel haben werde. Später hat er die Stiefel allerdings bezahlt. Seine Entschuldigung geht dahin, die Drohung nur ausgestoßen zu haben, um eine Frist zum Zahlen zu bekommen. Während der Staatsanwalt 14 Tage Gefängnis beantragte, erkannte das Gericht aber auf 8 Tage solcher Strafe.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den 14jährigen noch sehr jugendlichen Pferdeknecht Otto Heinze aus Cupial bei Delitzsch. Er hatte im Sommer d. J.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0007

im Cuxhafer Walde an einem 12jährigen Mädchen ein Sittenattentat verübt und wurde nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Verworfen wurde die Berufung des Bergarbeiters Karl Hesse aus Eisleben, mehrfach vorbestraft. Er ist vom dortigen Schöffengericht wegen Unfugs zu einer Woche Haft und wegen Beleidigung und Widerstandes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er am 9. April d. J. auf mehreren Straßen mit seinem Bruder Skandal gemacht und sich dem ihn zur Ruhe mahnenden Beamten gegenüber ungebührlich benommen hatte. Auf dem Wege nach der Wache leistete er Widerstand und auf der Wache packte er einen Beamten an die Kehle. Sein vor erster Instanz mitangeklagt gewesener Bruder hatte keine Berufung eingelegt.

Freigesprochen von der Anklage der Beleidigung wurde der frühere Bahnwärter Viktor Kirchner, der vom Schöffengericht in Delitzsch zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Er sollte gelegentlich einer gegen ihn stattgehabten Verhandlung gesagt haben, der Polizist Quitzitzsch habe unter dem Eide nicht die Wahrheit gesagt. Die Freisprechung erfolgte, weil der Strafantrag nicht rechtzeitig gestellt worden war.

Aus dem Reiche.

Gelsenkirchen. Typhusepidemie. In ihrer Montagsnummer teilt die Gelsenkirchener Ztg. mit: Innerhalb der letzten 36 Stunden haben sich die Typhusfälle um 200 gesteigert, wovon die meisten auf Gelsenkirchen und Schalke entfallen. Das Generalkommando des 7. Armeekorps zu Münster stellte 270 Betten und 100 Bettstellen zur Verfügung. Die Desinfektion des Leitungswassers hat am Sonntag stattgefunden.

In Odenkirchen bei Rheydt sind mehrere Typhusfälle festgestellt worden. Ein Typhuskranker ist bereits gestorben. Zwei Brunnen sind geschlossen worden. Das Wasser wird untersucht.

Merscheid (bei Trier). Gattenmord im Forsthause. Der junge Förster Lachmuth ist, nachdem er sein Abendbrot gegessen, bald darauf unter schrecklichen Schmerzen verschieden. Unter dem Verdachte des Gattenmordes — dem Abendessen war Arsenik beigemischt — wurde alsbald die 18jährige Ehefrau des Verschiedenen verhaftet und in das Trierer Gefängnis gebracht. Die erst seit 6 Wochen verheiratete, aus Schlesien stammende junge Ehefrau hatte nur widerstrebend in die Ehe gewilligt und folgte ihrem Manne nur mit dem größten Widerwillen in das einsame Gebirgsdorf. Die kurze Ehe war denn auch von Anfang an eine sehr unglückliche. Die Verhaftete leugnet das schwere Verbrechen.

Posen. Von der russischen Grenze. Nach einem Privattelegramm der Post verletzten russische Schmuggler, die eine zu pflasternde gesperrte Straße benutzten, den Steinmetzmeister Mohl und den Gendarmen Brawczy, die ihnen die Weiterfahrt verboten, bei dem Dorf Bronischewitz durch Hiebe mit Wagenrungen lebensgefährlich. Der Gendarm, der besinnungslos war, wurde von Schmugglern dem Gemeindevorsteher der russischen Grenzstadt Choez abgeliefert und konnte erst am folgenden Nachmittag nach Hause geschafft werden. Die gerichtliche Untersuchung ist laut Pos. Tagebl. eingeleitet.

Nürnberg. Mord und Selbstmord. Am Montag wurden die Prostituierte Anna Stephan und deren Zuhälter, Arbeiter Käser, mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden. Es scheint Mord und Selbstmord vorzuliegen.

Vermischtes.

* **Eine Kesselexplosion auf einem französischen Torpedoboote** meldet Wolffs Bureau aus Algier. 5 Matrosen wurden schwer verletzt. Einer derselben ist gestorben, der Zustand der anderen ist hoffnungslos.

* **Epidemien in London.** Der Pest wird gemeldet: Der Ausbruch der Pocken greift weiter um sich. Bis gestern abend waren 182 Fälle in hiesigen Krankenhäusern festgestellt. Scharlach und Diphtherie breiten sich gleichfalls in besorgniserregender Weise aus. 4836 mit diesen Krankheiten behaftete Personen liegen in den Spitälern.

* **Leichenschändung.** In dem Dorfe Muy bei Toulon (Frankreich) ist ein Mann verhaftet worden, der seit einigen Tagen auf dem Kirchhof Gräber öffnete und die Leichen schändete. Man fand in seiner Wohnung die Leiche eines vierjährigen Kindes, welches am 5. September begraben worden war. Der Verhaftete ist ein Maurer und hat in der letzten Zeit nicht weniger als acht Leichen gestohlen und geschändet. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer, es gelang den Gendarmen nur mit Mühe, den Unhold vor der Volkswut zu schützen.

Die Pest in Neapel.

Es liegt folgende neue Meldung der Agenzia Stefani vor: Der allgemeine Zustand der Erkrankten und Internierten im Lazarett von Risida ist fortgesetzt gut. Der Vater eines der Gestorbenen befindet sich im Lazarett in Beobachtung, weil sich bei ihm am Sonntag verdächtige Anzeichen bemerkbar machten. In der Stadt Neapel wurden zwei verdächtige Fälle zur Anzeige gebracht; die herbeigerufenen Aerzte stellten fest, daß keine verdächtige Ansteckung vorliege; trotzdem wurden die Betreffenden isoliert. Ferner starb ein Arbeiter aus dem Freihafen, welcher seit 14 Tagen erkrankt war. Obwohl seine verdächtigen Erscheinungen festgestellt werden konnten, wurde die Leiche dennoch als pestverdächtig behandelt und unter Beobachtung großer Vorsichtsmaßregeln bestattet. Das Sterbehaus wurde isoliert. Im übrigen werden fortgesetzt energische Maßregeln in gesundheitlicher Beziehung getroffen.

* *

Von einem neuen Seuchenherd wird berichtet, und zwar aus Rio de Janeiro. Dort ist das Auftreten der Pest amtlich festgestellt. Alle Maßnahmen sind seitens der Regierung getroffen, um die Seuche bald zum Erlöschen zu bringen.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 1. Oktober. Der seitherige Kommandant des Kreuzers „Gazelle", Korvettenkapitän Reitzke, ist von seinem neuen Kommando des Kreuzers „Amazone" bezw. „Medusa" enthoben und zur Verfügung des Chefs der Ostseestation gestellt worden. Reitzke erhielt 6 Wochen Urlaub innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs.

Newyork, 1. Oktober. In San Franzisko kam es bei dem Schiffsverladerstreik zu blutigen Kämpfen zwischen Gewerkschaftlern und Streikbrechern, wobei es mehrere Tote gab. 5 Hilfspolizisten wurden am Sonntag von 200 Bewaffneten angegriffen. In den Straßen entspann sich eine reguläre Schlacht, wobei 1 Mann getötet, 7 schwer verwundet wurden.

Hamburg, 1. Oktober. Im Berliner Zug wurde der frühere Rittmeister und spätere Reitlehrer v. Grombeck aus Leipzig vergiftet und erschossen aufgefunden. Der Selbstmord wurde wegen begangener Unterschlagung ausgeführt.

Kapstadt, 1. Oktober. Der englische Dampfer „Grenoble", nach hierher unterwegs, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Die Mannschaft kämpfte 4 Tage lang gegen den Brand und bestieg erst die Boote, nachdem die Kommandobrücke durch eine Explosion in die Luft geflogen war.

Paris, 1. Oktober. Die Generale Lebell-Dionne und Lavenne, Mitglieder des Rates der Ehrenlegion, haben dem Großkanzler, General Florentin, ihre Demission eingereicht. Dieselbe soll die Folge der Amtsentsetzung des Generals Davoust sein.

Briefkasten der Redaktion.

Dr. S. Für Zusendung besten Dank. Es wird davon bei der nächsten passenden Gelegenheit Gebrauch gemacht werden. Als mildernder Umstand kommt nur die Thatsache in Betracht, daß die Verhältnisse in der Redaktion jenes Blattes mehr als traurig sind.

A. K. in Delitzsch. Sagen Sie jenem Dorfschullehrer, daß es einem Manne in seiner Stellung nicht ansteht, so unwissend zu sein. Daß viele Lehrer sich in bedauerlicher politischer und sozialer Rückständigkeit wohl fühlen, ist leider eine Thatsache, mit der man sich abfinden muß. Aber immer wieder die alte Lüge aufzuwärmen, Genosse Singer habe seine Arbeiterinnen auf unsittlichen Erwerb angewiesen, ist mehr als dumm; es ist widerlich, zumal wenn die Behauptung aus dem Munde eines Mannes fällt, dessen Lebensaufgabe die Erziehung der Kinder ist.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, (Süd, Steinweg 2), 28. September.

Aufgeboten: Arbeiter Reichelt und Ida Mertens (Leipzigerstraße 93). Geschirrführer Thriene und Marie Carius (Schiepzig und Wörmlitzerstraße 98). Schlosser Adler und Klara van Deel (Gessingstraße 26 und Kuhgasse 5). Stellmacher Jänsch und Minna Baumeyer (Karzerplan 3 und Bäckergasse 6). Dienstknecht Weber gen. Müller und Anna Paatsch (Oberwünsch).

Eheschließung: Eisendreher Pernsky und Klara Hühnsch (Thorstraße 35 und Unterberg 5). Zimmermann Bierene und Helene Seiffert (Radewell und Dreyhauptstraße 7). Zuschneider Mackens und Anna Lödel (Weißenfels und Magdeburgerstr. 59). Modelltischler Schmidt und Marie Schleenvoigt (Schwetschkestraße 14 und Thorstraße 26). Modelltischler Richter und Agnes Pörsch (Grasewegt 7 und Herrenstraße 19). Modelltischler Keilhack und Luise Hiller (Zeitz und Martinstraße 7). Former Schröder und Gertrud Reichert (Böllberg und Pfännerhöhe 47). Schlosser Schmidt und Lina Felix (Ludwig Wuchererstraße 62 und Mühlgasse 8). Schuhmacher Freyer und Elisabeth Quetzisch (Rannischestraße 23 und Geiststraße 5). Kammmacher Stiehler und Marie Gäbler (Hirtenstraße 4).

Geboren: Gastwirt Kramer T. (Sternstraße 5). Arbeiter Melde T. (Mittelwache 12). Arbeiter Geißler T. (Ludwigstr. 12). Maurer Ballchuh T. (Wörmlitzerstraße 97). Kupferschmied Schweigart T. (Streiberstraße 30). Buchbinder Bienroth S. (Wolfstraße 2). Schneidermeister Hasse T. (Mittelstraße 5). Maschinenmeister Breiang S. (Bauhof 8). Werkmeister Hörnlein T. (Böllbergerweg 22).

Gestorben: Schlossers Krüger T., 1 Mon. (Lilienstraße 1). Verstorb. Arbeiters Weinert T., 9 J. (Klinik). Arbeiters Rauchhaus S., 4 Mon. (Forsterstraße 13). Arbeiters Stawitzke T., 3 Wochen (Schmiedstraße 23). Schuhmachermeister Hellwig, 79 J. (Siechenanstalt).

Halle (Süd, Steinweg 2), 30. September.

Aufgeboten: Konditor Kunert und Elsie Brecht (Leipzig und Glaucharerstraße 3). Arbeiter Bartholomäus und Anna Beßler (Schützenstraße 12 und Unterplan 6). Kaufmann Rübel und Hedwig Wolf (Magdeburg und Schmiedstraße 29). Apotheker Franz und Elsbeth Müller (Ellstedt und Marienstraße 5). Bildhauer Mädel und Wally Picht (Bruckdorferstraße 9 und Brüderstraße 6). Klempner Flemming und Gertrud Zeitzmann (Quedlinburg). Ingenieur Luzar und Alma Schurz (Halle und Leipzig).

Eheschließungen: Chemiker Felber und Elfride Strauch (Leopoldshall und Martinsberg 8). Ingenieur Horak und Frida Müller (Meckelstraße 20). Arbeiter Pockel und Marie Hahnemann (Thüringerstraße 27).

Geboren: Former Riemer T. (Herrenstraße 23). Arbeiter Cielontko S. (Mansfelderstraße 24). Arbeiter Schröd T. (Klinik). Maurer Lischke T. (Merseburgerstraße 95). Kaufmann Taube T. (Pfälzerstraße 5). Schneider Hochstein S. (Marktstraße 25). Gelbgießer Herrmann T. (Kunenstraße 3). Schlosser Knöchel S. (Steg 8). Lithograph Schönheit T. (Huttenstraße 2d). Böttcher Pötsch T. (Klinik). Schmied Gebhardt S. (Streiberstraße 13). Schneider Müller T. (Große Brauhausstraße 30). Schlosser Kersten S. (Taubenstraße 28). Maurer Dräger S. (Spitze 13). Lehrer Bogen T. (Wörmlitzerstraße 6).

Gestorben: Rentner Otto, 68 J. (Königstraße 92). Zimmermann Mayer, 46 J. (Klinik). Dachdeckers Schnabel S., 1 Mon. (Schützenstraße 22). Kesselschmieds Knoche S., totgeb. (Klinik). Restaurateurs Müller T., 2 Mon. (Grünstraße 9). Bürstenmachers Meyer T., 3 J. (Kleine Ulrichstraße 5). Bahnwärters Holze S., 7 J. (Klinik). Wagenlackierers Lindermann Ehefrau, 39 J. (Klinik). Tischlers Schaumlöffel S., 1 Mon. (Delitzscherstraße 78). Arbeiters Noack S., 2 J. (Friedrichstraße 60). Schmieds Große T., 4 J. (Grasewegt 8). Bergarbeiter Siedlewsky, 19 J. (Klinik). Arbeiter Ulbrich, 42 J. (Klinik). Martha Riesche, 18 J. (Klinik). Anna Tille, 19 J. (Pfännerhöhe 32). Arbeiter Franke, 52 J. (Kleine Steinstraße 7). Bildhauers Geipel T., 1 Mon. (Huttenstraße 2a).

Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Däumig** in Halle.

Zum Wohnungswechsel!

Gardinen, **Portièren, Möbelstoffe, Teppiche, Tischdecken** in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Kaufhaus **H. Elkan** Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Gewerkschaftskartell Halle.

Freitag den 4. Oktober abends ½9 Uhr im „Weißen Roß" Geiststraße 5

Sitzung.

Tagesordnung: 1. Eingänge. 2. Auskunfterteilung durch das Arbeiter-Sekretariat. 3. Experimental-Vortrag von Beißwanger-Nürnberg. 4. Verlauf der Gewerbegerichtswahl. 5. Bericht über die Barbier-Organisation. 6. Anträge und Mitteilungen.

Das pünktliche Erscheinen sämtlicher Delegierten wird erwartet.

Der Vorstand.

Zoologischer Garten, Halle.

Entree 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Sonntag den 2. Okt. nachm. 3½ Uhr Grosses Konzert.

P. P.

Hiermit beehre ich mich, einem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum sowie meinen Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage mein **neues Zigarren-Geschäft** Merseburgerstraße 161 — Ecke Königstraße — eröffnet habe.

Indem ich für das bisherige Wohlwollen bestens danke, verbinde ich damit gleichzeitig die Bitte, mich auch in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne mit vorzüglich Hochachtung

Albert Schulenburg

Zigarren- u. Zigaretten-Spezial-Geschäft.

Heute Dienstag **letzte Dampfschifffahrt.**

C. L. Schröpler, Unterplan.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß ich

Merseburgerstrasse 161

ein **Papier-Geschäft** mit den Spezialitäten: **Kontor- und Zeichenartikel** eröffnet habe.

Durch Einkauf bei bedeutendsten Firmen, bin ich in der Lage, gute Waren zu billigen Preisen abzugeben.

Bitte mich in meinem Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Paul Elsässer, Merseburgerstraße 161.

Wie ein Seifentopf

riecht mancher Leinenschrank, weil die Wäsche nicht mit

Dr. Thompsons Seifenpulver

mit dem SCHWAN gewaschen ist. Damit wäre die Wäsche blendend weiss und hätte einen frischen Geruch.

Man verlange es überall!

Zeige hierdurch ergebenst an, daß ich **Delitzscherstr. 10** ein

Delikatess- und Materialwaren-Geschäft

eröffnet habe. — **Jede Woche Schlachtefest.**

Bitte mich in meinem neuen Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Paul Wetzel.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Die Volksbuchhandlung, Rannischestraße.

Reißzeuge
Federbüchsen
Schieferkasten
Schiefertafeln,
Schieferstifte,
Schieferspitzer,
Federhalter,
Bleistifte,
Zirkelkasten

empfiehlt billigst

Volksbuchhandlung

Rannischestraße 3.

Verlag und für die Redaktion verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011002-14/fragment/page=0008